



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **39. Sitzung (öffentlich)**

12. September 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:18 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Lara Jähnke

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 6 in der nächsten Sitzung zu behandeln.	
<b>1 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Euregios (siehe Anlagen 1 und 2)</b>	<b>6</b>
<b>a) Grenzüberschreitende Kooperationen</b>	<b>6</b>
<b>b) Wirtschaft und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt</b>	<b>30</b>
<b>c) Situation der Grenzkontrollen</b>	<b>35</b>
<b>2 Laufzeitverlängerung von Tihange 3 und Doel 4 um weitere zehn Jahre: Radiologischen Notfallschutz auf den neusten Stand bringen!</b>	<b>42</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/14021	

– keine Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld vorgeschlagene Verfahren, die vom federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales geplante schriftliche Anhörung abzuwarten und den Tagesordnungspunkt danach, voraussichtlich in der Sitzung am 10. Oktober 2025, erneut aufzurufen.

**3 EU-Haushaltsentwurf nach 2027** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3]*) **43**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/4216

– Wortbeiträge

**4 Unterstützung Nordrhein-Westfalens bei europäischen Waldbrandbekämpfungseinsätzen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 4]*) **44**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/4202  
Vorlage 18/4196 (nachrichtlich)

– Wortbeiträge

**5 Delegated Act der EU zum Grünen Wasserstoff** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 5]*) **46**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/4184

– keine Wortbeiträge

**6 Projektbezogene Aufschlüsselung der Landesförderung für den Bereich „Europa und Internationales“** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 6]*) **47**

– wird heute nicht behandelt

- |           |   |           |
|-----------|---|-----------|
| <b>7</b>  | <b>Verschiedenes</b>  | <b>48</b> |
| <b>a)</b> | <b>Sitzungsplanung für das Jahr 2026</b> ( <i>Tischvorlage [siehe Anlage 7]</i> )   | <b>48</b> |
|           | Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die in der Tischvorlage genannten Sitzungstermine für das Jahr 2026 (siehe Anlage 7). |           |
| <b>b)</b> | <b>Anhörung zu Drucksache 18/14011 am 30. Oktober 2025 um 13:30 Uhr</b>   | <b>48</b> |

\* \* \*



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 6 in der nächsten Sitzung zu behandeln.

## 1 **Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Euregios** (siehe Anlagen 1 und 2)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ich begrüße unsere Gäste: Herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie sich Zeit dafür nehmen, hier mit uns über diverse Themen zu sprechen.

(Folie 1; Präsentation [siehe Anlage 2])

Im Vorfeld wurde sich darauf verständigt, dass nach jeder Einführung eines Themas ein Gespräch erfolgen wird und wir bzw. die Ausschussmitglieder die Möglichkeit haben werden, Ihnen Fragen zu stellen oder Anmerkungen zu machen.

### a) **Grenzüberschreitende Kooperationen**

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Wir fangen mit dem Thema „grenzüberschreitende Kooperationen“ an. Dabei geht es unter anderem um die Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitsmigranten in Grenzregionen, um Bildungsthemen und um den Katastrophenschutz. Die Themen sind also divers.

**Maïke Hajjoubi (Deutsch-niederländischer Zweckverband euregio rhein-maas-nord):** Zunächst einmal herzlichen Dank, dass Sie uns eingeladen haben. Einen schönen guten Morgen! Wir sind immer froh, hier sein zu dürfen und unsere Themen mit Ihnen besprechen zu können.

Ich habe die Ehre, anzufangen, und meine Kollegen haben gleich auch noch ein paar Dinge zu sagen. Wir haben das untereinander aufgeteilt.

(Folie 2)

Wir haben diverse Bereiche mitgebracht, die zu den Themen passen, die Sie, Herr Engstfeld, gerade genannt haben. Es ist immer schwierig, wenn enthusiastische Menschen enthusiastisch über Themen sprechen, aber da wir natürlich auch mit Ihnen in den Austausch kommen wollen, versuchen wir, uns kurz zu fassen.

(Folie 3)

Ich steige mit dem Bereich „Arbeitsmigranten“, genauer gesagt mit der Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitsmigranten in Grenzregionen ein.

(Folie 4)

Ich gebe Ihnen einen Überblick über die Projekte, die bei den Euregios laufen. Wir haben zwei Projekte – eines davon wurde kürzlich schon beendet –: eines in der EU-REGIO und eines in der Euregio Rhein-Waal. Darauf gehe ich gleich noch näher ein. Ein neues Projekt zum Bereich „Arbeitsmigranten“ ist in der Euregio Rhein-Maas-Nord, also bei uns, in Vorbereitung. Das deckt das Gebiet Limburg, den Kreis Kleve und den Kreis Viersen ab.

In den Regierungskonsultationen zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden ist das Thema auch aufgegriffen und intensiv behandelt worden. Am 22. September 2025 findet eine Konferenz zur Stärkung der Zusammenarbeit von Beratungsstrukturen in der Grenzregion statt, die ebenfalls aus den Regierungskonsultationen hervorgegangen ist. Mein Kollege Michiel Savelsbergh wird diese Konferenz moderieren, und ich werde auch anwesend sein. Wir sind also auch in die Zusammenarbeit mit den Ministerien eng eingebunden – sowohl in die mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, in die mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung als auch in die mit dem Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid auf niederländischer Seite.

Im Juni 2025 gab es in Kleve noch mal eine Kontrolle, die in der Presse wohl nicht aufgegriffen wurde. Sie hat ohne Presse stattgefunden. Vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung habe ich mir sagen lassen, dass aufseiten NRWs durch die Kontrollen der letzten Zeit Steuereinnahmen in Höhe von 1 Million Euro und aufseiten der Niederlande in Höhe von 2 Millionen Euro generiert werden konnten. Die uitzendbureaus werden aber auch immer geschickter; sie werden immer perfider und bedienen sich Verschleierungstaktiken, um dafür zu sorgen, dass man ihnen nicht auf die Schliche kommt. Damit ist man mehr und mehr konfrontiert.

(Folie 5)

Ich gehe noch näher auf die Projekte ein, die stattgefunden haben. Zum einen hat in der EUREGIO, mit Sitz in Gronau, das Projekt „Euregionales Netzwerk Arbeitsmigranten“ stattgefunden, bei dem es vor allem um die Bekämpfung von Ausbeutung ging. Es wurden verschiedene Kooperationen aufgebaut; es haben Wohnraumkontrollen stattgefunden. Vor allem ging es aber darum, ein Netzwerk aufzubauen, sich besser kennenzulernen. Das Netzwerk wird nun auch nach Beendigung des Projektes von den in der Präsentation aufgeführten Stellen fortgeführt werden.

Zum anderen findet in der Euregio Rhein-Waal das Projekt „TRAM“ statt. Bei diesem geht es um den Aufbau von Austauschstrukturen in der betreffenden Region. Es haben verschiedene sogenannte Law Clinics sowie Field Labs stattgefunden, bei denen es unter anderem um den rechtlichen Rahmen zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen, aber auch um den Opferschutz und die Ansprache von Arbeitsmigranten ging. Es wurden sich zum Beispiel in Horst aan de Maas Best Practices angesehen. Dabei ging es um gute Unterkünfte. Es wurde auch viel über die höheren Qualitätsanforderungen in den Niederlanden und mögliche Wasserbetteffekte, die diese auf deutscher Seite haben können, gesprochen. Es ging auch um Arbeitsverträge und Unterschiede im nationalen Arbeitsrecht.

(Folie 6)

Es findet zu diesem Thema also mehr denn je Austausch statt. Nichtsdestotrotz hat auch unsere Euregio vor, über Interreg ein neues Projekt einzureichen; dieses befindet sich derzeit in Vorbereitung. Dabei wird es ebenfalls um in die EU Zugewanderte, die von Arbeitsausbeutung betroffen sind, gehen. Die Gemeinden Venlo und Roermond werden daran teilnehmen. Der Kreis Kleve hat fest zugesagt, Projektpartner zu werden. Der Kreis Viersen überlegt noch; wir hoffen aber, dass wir ihn noch als Projektpartner

gewinnen können. Auf niederländischer Seite wird das Zorg- en Veiligheidshuis ebenfalls Projektpartner sein, und wir als Euregio werden das auch sein.

Bei dem Projekt geht es vor allem darum, in Absprache mit den Ministerien – alle drei Ministerien von deutscher und niederländischer Seite waren in der letzten Woche bei einem großen Treffen mit allen potenziellen Projektpartnern – ein vollständiges, grenzübergreifendes Lagebild zu erstellen und eine Notfallversorgung aufzubauen. Insbesondere Arbeitsmigranten, die ihren Job verloren haben und dann häufig auf der Straße landen, soll eine Perspektive geboten werden, sollen begleitet werden und soll eine Notversorgung, ein Schutzraum angeboten werden. Wie ich mir habe sagen lassen, wird das vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Moment auf Ebene der Länder intensiv diskutiert. In Nordrhein-Westfalen ist das so bisher nicht gegeben. Letztendlich geht es dabei auch um Sicherheit vor und die Bekämpfung von ausbeuterischen Arbeitsvermittlern; das wird auch Teil des Projekts sein.

(Folie 7)

**Michael Dejozé (EVTZ Euregio Maas-Rhein):** Ich bedanke mich für die Möglichkeit, Ihnen heute von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit berichten zu können. Ich vertrete die Euregio Maas-Rhein, also die Euregio mit belgischer, deutscher und niederländischer Beteiligung.

(Dr. Werner Pfeil [FDP]: Das ist meine!)

In der heutigen Konstellation ist das die einzige trinationale Euregio.

Ich informiere Sie über Euregionale Bildung, darüber, was wir grenzüberschreitend tun. Wir werden gleich auch wieder über den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt sprechen, und der beginnt nun mal bei der Bildung.

Das Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern schon in einem frühen Stadium den Spracherwerb beizubringen und zu zeigen, dass sie um ihr Wohnhaus herum in einem 360-Grad-Winkel leben können. Das heißt, dass sie die Grenze passieren und grenzüberschreitend Erleben und Entdecken können. Bedenken Sie, wie groß beispielsweise die Handelspartnerschaften zwischen den Niederlanden und Deutschland sind, für wie viele Milliarden Euro pro Jahr gehandelt wird. Oftmals findet das nicht nur in englischer Sprache statt, und unter anderem der Spracherwerb, gegenseitiges Verständnis sind dabei von elementarer Bedeutung.

Wir als Euregios arbeiten deswegen schon seit vielen Jahren daran, Kindern und Jugendlichen über die verschiedenen Bildungsetappen hinweg bis hin zum Arbeitsmarkt gut zu begleiten, um zu gewährleisten, dass sie den Regionen dies- und jenseits der Grenze als Fachkräfte erhalten bleiben. Wir tun das beispielsweise insbesondere mit den Kompetenzzentren, an die sich Schulen mit ihren Fragen wenden können. Die Fragen lauten zum Beispiel: Was muss ich berücksichtigen, wenn ich mit einer Schulklasse von Aachen nach Maastricht möchte? Gibt es dafür Förderungen? Gibt es versicherungstechnische Aspekte, wenn wir über eine Staatsgrenze gehen?

Das begleiten wir alles, stellen aber auch fest, dass sehr viel auf Projektebene passiert. Die Projektebene ist grundsätzlich kein Problem. Interreg-Projekte laufen drei Jahre,

und das ist grundsätzlich eine sehr korrekte Laufzeit. Wir bekommen aus dem Bildungssektor aber das Feedback, dass Stop and Go ein riesiges Problem ist: Es wird eine gute akademische Initiative, eine Bildungsinitiative gestartet, die dann drei Jahre läuft – im Zweifelsfall beginnt und endet die mitten im akademischen Jahr. Für die Schulen ist es natürlich sehr schwierig, die Partnerschaften aufrechtzuerhalten, wenn die Projekte enden und die Gelder nicht mehr fließen. Uns ist es also sehr wichtig, nachhaltig, langfristig zu denken und die Bildungskoooperation auf stabile Beine zu stellen, und das machen wir aktuell mit diesen Kompetenzzentren.

Der Plan ist, eine durchlaufende Bildungskette zu organisieren, sodass wir Kinder und Jugendliche über die verschiedenen Bildungsetappen vom Kleinkindalter bis hin zum Arbeitsmarkt begleiten können. Das machen wir mit allen möglichen Initiativen.

Eine davon sind die Euregioprofilschulen. Wir unterstützen Schulen, indem wir sie labeln, indem wir ihnen die Möglichkeit geben, als sogenannte Euregioschule oder Euregioprofilschule tätig zu sein. Das zeichnet sie dafür aus, dass sie zum Erlernen der Sprachen besondere Initiativen vorweisen können, aber auch grenzüberschreitende Mobilität unterstützen. Es wird also beispielsweise nicht nur mit deutschen Kindern darüber geredet, was in den Niederlanden passiert, sondern sie werden auch tatsächlich über die Grenze gebracht, wo sie lernen, wo ihnen gezeigt wird, wie dort gemeinsam gelebt und sich gebildet wird. Das machen wir in ganz vielen Bereichen. Mit Blick auf die Zeit möchte nicht auf alle Details eingehen.

Am Ende dieser Ausbildungsprozeduren sind natürlich immer noch die dicken Bretter wie die Anerkennung von Diplomen und Ähnlichem zu bohren. Auch diese Themen sind nach wie vor nicht gelöst, und ich gehe ehrlich gesagt auch davon aus, dass mich viele dieser Themen meine ganze Karriere begleiten werden, ohne dass wir sie alle so lösen können, wie wir uns das wünschen. Nichtsdestotrotz sollten wir immer am Ball bleiben, weil das für manche Bereiche – Sie werden das gleich beispielsweise beim Präsentationsabschnitt zum Katastrophenschutz merken – existenziell ist.

Damit wir das Ganze in Absprache mit den Ministerien, in Absprache mit dem Land Nordrhein-Westfalen machen, ist das eines der Themen der Grenzlandagenda. Wir schauen mit den Ministerien, was wir tatsächlich leisten können, welches gemeinsame Ziel wir uns stecken und wie wir mittel- bis langfristig die notwendigen Erfolge erreichen.

Für diejenigen, die sich wundern oder irritiert sind: Die Punkte auf der Karte, die Sie auf der siebten Folie sehen, stehen übrigens für das Netzwerk der Euregioprofilschulen. Jeder einzelne Punkt stellt eine Schule dar, die festgestellt hat, dass sie grenzüberschreitende Interaktion wünscht und benötigt, um den Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Ausbildung zu gewähren. Das war der kurze Einstieg zum Bereich „Bildung“.

(Folie 8)

Der nächste Bereich, der angefragt wurde, ist der Katastrophenschutz. Einige von Ihnen kennen sich da sehr gut aus, da sich damit im Sommer beschäftigt wurde – danke dafür. Im Grenzraum ist das ein Thema von essenzieller Bedeutung.

(Folie 9)

Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger der Euregio Maas-Rhein fragen, was sie beschäftigt, dann werden zumindest immer dieselben Themen genannt: grenzüberschreitend Leben und Arbeiten sowie das Sicherheitsgefühl. Man möchte sich sicher sein, dass die Grenzlage kein Problem mit sich bringt, gerade wenn es darum geht, von einer Ambulanz oder Ähnlichem gerettet zu werden.

Ich bin heute von Belgien nach Deutschland eingereist, und es hat sieben, acht Minuten gedauert, bis ich nach dem Grenzübertritt deutsches Netz hatte. In dieser Zeit wäre mein Anruf im Fall eines Notfalls an die belgische Meldekammer, an die belgische Leitstelle gegangen. Wenn das nicht gut geklärt ist, haben wir ein Problem bzw. in dem Fall hätte ich heute Morgen ein Problem gehabt. Diese Dinge müssen geklärt werden, und zwar nicht, wenn die Situation entsteht, sondern in weiser Voraussicht, und das machen wir auf verschiedensten Ebenen – einiges haben wir Ihnen in der Präsentation mal aufgelistet –; wir denken ganz breit.

Ich sehe gerade, dass ich „CBRN“ nicht ausgeschrieben habe. Das steht für chemische, biologische, radioaktive und nukleare Vorfälle. So weit sollte bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit gedacht werden. Beispielsweise fällt das Hochwasser vor einigen Jahren, diese Katastrophe, die uns da erreicht hatte, in Bereiche, bei denen nicht erst zusammengearbeitet werden sollte, wenn es so weit ist. Das muss vorbereitet sein; man muss einander vorher kennen.

(Folie 10)

Es wird jetzt also einerseits um Krisenmanagement, wenn es so weit ist, dass uns eine große Krise erwischt bzw. erreicht, andererseits aber auch um die alltägliche Zusammenarbeit, die auch gewährleistet werden muss, gehen.

Wir haben einige Basisprinzipien, die ich kurz vorstellen möchte. Die Kooperationsprojekte sollten möglichst einfach strukturiert sein. Dass jeder Feuerwehrmann oder jede Feuerwehrfrau drei- oder viersprachig auftritt und im Fall einer Katastrophe alles perfekt mit Kenntnis über das Nachbarland umsetzen kann, wird offen gestanden nicht passieren. Wir brauchen also möglichst einfache und logische Konzepte, und die müssen getestet werden.

Ein Beispiel aus der täglichen Praxis ist, dass wir Teams nicht mehr mischen. Bei dem Brand im Hohen Venn zwischen Nordrhein-Westfalen und Belgien haben wir beispielsweise festgestellt, dass es viel mehr Sinn macht, die deutschen und belgischen Kollegen jeweils Einsatzabschnitte behandeln zu lassen. So entsteht keine Sprachenproblematik, und so muss man auch die Maschinen, die Technik des Nachbarlandes nicht zwangsläufig kennen. Jeder kann dann mit seiner Technik und seinem Know-how einen Teil des Einsatzgebietes versorgen.

Es gibt ganz viele solcher Dinge, bei denen wir sehen, dass wir in der Theorie alles Mögliche bedenken können, dass das in der Praxis aber bei Übungen erst mal getestet werden muss, damit das im Ernstfall dann auch funktioniert. Gott sei Dank sind wir aber nicht neu dabei.

(Folie 11)

Im Jahr 2025 sollte an technisch innovative Lösungen gedacht und nicht mehr gehofft werden, dass jeder daran denkt, die Meldekammer im Nachbarland anzurufen, weil der jemanden kennt und bestenfalls auch noch die Sprache spricht. Das kann heute teilweise, wie in dem folgenden Beispiel, digital passieren. Heutzutage geht mit übersetzbaren Webapplikationen und Ähnlichem alles Mögliche. Beispielsweise kann zwischen Deutschland, Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden ganz einfach über digitale Plattformen Hilfe angefragt werden – das findet in der Praxis auch statt. Dann weiß man auch genau, was man bekommt, was an Bord eines niederländischen Feuerwehrfahrzeugs ist, wie lange dieses Fahrzeug einsatzfähig ist und wie wir das bei uns nutzen können.

Das wurde beispielsweise beim Einsatz des Technischen Hilfswerks beim Einsturz eines Turmes in Valkenburg in den Niederlanden genutzt. Die Kollegen waren einfach viel schneller da. Da wird nicht lange gefackelt, sondern geschaut, wo man Hilfe bekommt. Über diese Applikation geht das relativ schnell. Die deutschen Kollegen haben den Niederländern in einer sehr brenzligen, sehr ungemütlichen Situation aus der Breddouille geholfen. In der Region Rhein-Maas erleben wir das pro Jahr ungefähr neunhundertmal – in beide Richtungen, nicht dass Sie mich da falsch verstehen; das ist keine Einbahnstraße.

(Folie 12)

Trotzdem haben wir auch eine Menge Schwierigkeiten. Wir müssen den Menschen helfen, die uns helfen. Gerade bei Haftungsfragen sollten wir uns überlegen, was wir für die Rettungskräfte tun können, denn vieles ist nicht geregelt. Es bedarf eines Abkommens zwischen Nordrhein-Westfalen und den Nachbarländern, um gewisse Haftungsfragen langfristig zu klären. Aktuell existiert das nicht.

Das bedeutet beispielsweise, dass, wenn ein niederländischer Rettungssanitäter, der in den Niederlanden nähen darf, nach Deutschland ausrückt, weil er am schnellsten zum Einsatzort kommen kann, und dort zum Beispiel eine lebensrettende Maßnahme umsetzt, alles gut ist. Wenn er danach aber noch näht, weil der Patient nach wie vor blutet, darf er das eigentlich nicht, weil er im Zweifelsfall nur eine lebensrettende Maßnahme ergreifen darf. Er lässt den Patienten aber ja auch nicht blutend auf der Straße sitzen.

Es gibt dann zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, dass der niederländische Kollege sagt: Sorry, ich darf das nicht. Wir lassen das mal ein bisschen fließen, lassen das ein bisschen laufen und rufen jetzt eine deutsche Ambulanz mit einem deutschen Rettungsarzt, mit einem Notarzt, der das in Ordnung bringen kann. – Da bedanken sich dann die deutschen Kollegen, weil die auch nicht unendlich viele Fahrzeuge haben, um jeden Notfall quasi doppelt zu besetzen. Die andere Möglichkeit ist, dass man sagt: Ich mache das. – Wenn dann aber ein Kunstfehler passiert, hat man ein juristisches Problem.

Das sind Situationen, die wir als nicht wünschenswert erachten. Wir hoffen, dass dafür Lösungen gefunden werden, und das geht nun mal nur mit binationalen oder auch trinationalen Verträgen. Es gibt sehr viele lokale Lösungen; wie gerade gesagt klappt sehr vieles also auch schon. Ich möchte nicht nur klagen. Wie gesagt gibt es in der Euregio Maas-Rhein ungefähr 900 grenzüberschreitende Einsätze pro Jahr. Es ist also

nicht so, als würde nichts passieren. Die Kollegen machen das oftmals aber auf eigenes Risiko, und das ist nicht wünschenswert.

(Folie 13)

Ich ordne das, wenn wir sagen, dass wir etwas für die Rettungskräfte tun sollen, noch ein bisschen ein. Im Falle der Euregio Maas-Rhein gibt es 50.000 Einsatzkräfte. Es geht nicht um drei oder vier Leute, die dann wissen müssen, wie das grenzüberschreitend funktioniert, sondern das sind 50.000 Einsatzkräfte, die im Zweifelsfall, im Ernstfall grenzüberschreitend tätig sein sollen. Ich gehe mit Blick auf die Zeit nicht auf Details ein; die Folien werden Ihnen im Anhang ja zur Verfügung gestellt.

(Folie 14)

Wie gesagt machen wir das nicht erst im Krisenfall. Wir fangen nicht erst dann, sondern jetzt an. Wir arbeiten daran konstant und durchgehend. Im Falle der nördlichen hier anwesenden Euregios heißt das Projekt „ERMWIC“. Dort wird zusammen geschaut, wie man den Katastrophenschutz auf stabile Beine stellen kann; man lernt einander kennen, macht Übungen und Netzwerktreffen zusammen und vieles mehr.

Im Falle der Euregio Maas-Rhein heißt die Struktur „EMRIC“. Diese besteht mittlerweile seit vielen Jahren. Wir halten dieses System mit rund zehn grenzüberschreitenden Übungen pro Jahr am Laufen und tragen dafür Sorge, dass das im Ernstfall funktioniert.

Am Ende des Tages – damit beende ich meinen Abschnitt – machen wir das ja nicht, weil wir besonderen Spaß daran haben, irgendwelche Strukturen aufzubauen, sondern, weil wir wollen, dass wir einander nicht erst dann kennenlernen müssen, wenn es ein Problem gibt. Während der Coronakrise musste ich keinen anrufen und mich vorstellen, denn ich kannte die Leiter von allen Krisenstäben. Wenn man irgendwo anrief, waren die Frage klar: „Was brauchst du?“, „Wo muss es hin und bis wann?“, weil man dieses Vertrauen schon aufgebaut hat. Da das nicht erst im Ernstfall passieren sollte, benötigen wir dauerhafte Strukturen, auch außerhalb der Projektfinanzierung.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Frau Hajjoubi, Herr Dejozé, vielen Dank für die interessanten Ausführungen zu dem Thema. Wir steigen jetzt in eine Fragerunde ein; ich nehme dafür gerne Wortmeldungen entgegen. Ich als Vorsitzender fange aber an, bevor ich an die Fraktion abgebe. Frau Hajjoubi, über welche Branchen reden wir bei illegaler Arbeitsmigration denn schwerpunktmäßig? In welchen Branchen treten denn am meisten Fälle auf? Ist es die Fleischindustrie, oder welche ist es?

Die Euregioprofilschulen fand ich sehr interessant. Sie haben gesagt, dass Sie Schülerinnen und Schüler zum Beispiel von Deutschland in die Niederlande bringen und denen das dortige Leben zeigen. Kann das noch ein bisschen konkretisiert werden? Was machen Sie da genau? Dann habe ich noch eine Schweinchen-schlau-Frage. Das Land Nordrhein-Westfalen zertifiziert ja auch Europaschulen. Kann eine Schule Europaschule und Euregioprofilschule gleichzeitig sein? Gibt es das? Falls ja, gibt es Unterschiede? Das müsste mir noch mal erklärt werden.

Dann noch eine Frage zum Katastrophenschutz. Stichwort „CRNB“: Auf der heutigen Tagesordnung steht zum Beispiel die Notfallversorgung in der Region um Tihange 3 und Doel 4. Zentral scheint mir aber die Haftungsfrage zu sein, und mich interessiert, warum das Land NRW dabei die zentrale Rolle spielt. Wenn Sie mir das Konstrukt erklären könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Ich mache das jetzt so, dass wir die Antwortrunde zu diesen Fragen direkt durchführen, und so machen wir das gleich dann auch bei den Fraktionen. Sonst ist das, glaube ich, zu viel.

**Maïke Hajjoubi (Deutsch-niederländischer Zweckverband euregio rhein-maas-nord):** Die Kollegen dürfen mich gerne ergänzen, weil ich meine eigene Euregio natürlich am besten kenne.

Meines Wissens betrifft das die Logistikbranche, die Agrifood-Branche und die Fleischindustrie. In den anderen Euregios betrifft das vielleicht noch mehr. – Ich sehe bei den Kollegen aber Nicken. Ich denke, dass das die Hauptbranchen sind, die betroffen sind.

**Vorsitzender Stefan Engsfeld:** Das ist keine Überraschung.

**Michael Dejozé (EVTZ Euregio Maas-Rhein):** Die Euregioprofilschulen sind reguläre Schulen, die sich dazu entschieden haben, grenzüberschreitende Aspekte in ihre Bildungscurricula einzubauen. Die Schulen gehen beispielsweise auf die gemeinsame Geschichte eines Gebiets und auf Mehrsprachigkeit ein und ermöglichen grenzüberschreitende Mobilität und Praktika bzw. sie leiten dies in die Wege. Wir zeichnen die Schulen dafür aus, dass sie sich engagieren, um den Schülern die Grenzlage näher zu bringen und ihnen zu zeigen, in welchem Ökosystem sie sich befinden und welche Möglichkeiten diese Grenzlage mit sich bringt. Das Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler zu gewinnen und das Ganze interessant zu gestalten – auch zukünftig und langfristig für den Arbeitsmarkt.

Kleines Beispiel: Wenn man an einem Berufskolleg in Aachen ein Praktikum machen muss und dann für ein paar Wochen, für ein paar Monate in Maastricht Schuhe verkauft, wird man gleich mit der Kultur des Nachbarlandes und mit der Sprache warm und sieht, dass da ein Arbeitsmarkt zu erschließen ist, den man andernfalls vielleicht nicht auf dem Radar hatte. Auf gut Deutsch: Die beißen nicht. Das sind Dinge, die den Schülerinnen und Schülern eben nähergebracht werden können.

Bei der Berufsorientierung nutzen wir übrigens auch Virtual Reality. Man sagt den Schülerinnen: Ihr könnt Betriebe auch besuchen, ohne beispielsweise von Aachen nach Hasselt fahren zu müssen; wir bringen die Top-notch-Betriebe aus dem Grenzraum einfach zu euch in die Schule.

Schulen können Euregioprofilschule, Euregioschule und Europaschule sein – tatsächlich gibt es das auch –, weil es eine Art Abstufung – so verstehe ich es – gibt. Die Anforderungen an Euregioprofilschulen sind weitaus niedriger als die an Europaschulen und auch niedriger als die an Euregioschulen. Die Schulen bieten den Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern je nach Label gewissermaßen andere Bildungsmöglichkeiten, eine Garantie für das, was angeboten wird. Das ist einfach eine

Abstufung hinsichtlich der Integration der verschiedenen Schwierigkeitsgrade und Kompetenzen.

Warum die Rolle für die Haftungsfrage bei NRW liegt, habe ich mich tatsächlich auch gefragt. Ursprünglich sind wir davon ausgegangen, dass das eine Bundesthematik sein könnte, falls beispielsweise ein Vertrag zwischen den Niederlanden und Deutschland oder Belgien und Deutschland notwendig gewesen wäre. Diese Thematik ist vor vielen Jahren bereits an den Bund herangetragen worden und dann kam die Frage auf: Ist das ein internationaler Vertrag und somit eine Thematik für den Bund, oder ist das ein Vertrag im Rettungswesen, der dementsprechend in der Zuständigkeit des Landes liegt?

Als Schlussfolgerung wurde zumindest uns von politischer Ebene mitgeteilt, der Bund gehe davon aus, dass das unter die Landeszuständigkeit fällt und dass das Land Nordrhein-Westfalen dementsprechend für Belgien und die Niederlande als Ansprechpartner fungieren soll. Das ist der Sachstand, der uns von politischer Ebene mitgeteilt wurde, und deswegen gucken wir nun auf Nordrhein-Westfalen und nicht mehr auf den Bund. Die Klärung dieser Frage hat übrigens mehrere Jahre beansprucht, was wieder für ein bisschen Verzögerung gesorgt hat. Dementsprechend wären wir dankbar, wenn das aufgegriffen werden kann.

**StS Christian Wiermer (MBEIM):** Die Haftungsfrage ist in der Tat schon seit Jahren ein Thema, das von den zuständigen Organisationen, insbesondere im Regierungsbezirk Münster, und von den Ministerien begleitet wird. Es findet also seit mehreren Jahren ein Austausch statt, nicht nur hinsichtlich der Klärung der Rechtsfragen, sondern auch hinsichtlich einer konkreten Lösung. Es geht nicht nur um Haftungsfragen, sondern unter anderem auch um den Einsatz des Martinshorns und des Blaulichts. Momentan wird geprüft, ob möglicherweise mit einer Experimentierklausel oder ggf. mit einem gegenseitigen Abkommen gearbeitet werden kann. Der Prozess läuft – die zuständige Kollegin aus der Staatskanzlei nickt.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Wir nehmen das mal auf Wiedervorlage, Herr Staatssekretär.

**StS Christian Wiermer (MBEIM):** Ja.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Vielen Dank für die Berichte, die wir gehört haben. Ich komme aus der Region Aachen und war in den Sommerferien bei EMRIC in Sittard. Ich habe mir das mit Kollegen angeschaut und muss sagen – das ist eben auch sehr gut dargestellt worden –, dass es sehr schön ist, wie man grenzüberschreitend in einem mehrsprachigen Computersystem, auf Deutsch, Niederländisch und Belgisch, mit ein und demselben Formular einen Vorgang melden kann, der hinter der Grenze dann in der anderen Sprache aufpoppt und verständlich ist. Das ist schon eine sehr schöne Sache, die sich im Rahmen des Katastrophenschutzes entwickelt hat.

Nordrhein-Westfalen ist für die Haftungsfrage zuständig; der Staatssekretär hat es eben gesagt. Es gibt das Karlsruher Übereinkommen, und demnach sind wir für solche Sachen zuständig. Das dauert nur alles viel zu lange; das muss schon dazu gesagt werden. In unserer Region hatten wir das Problem mit den Rettungshubschraubern. Dafür haben wir nun eine Eventuellösung finden können: Die können auch in Belgien landen und genutzt werden. Dafür hat sich Minister Laumann ewig, ich glaube, zehn Jahre lang, eingesetzt. Es wäre schön, wenn wir für den Katastrophenschutz und die Katastrophenhilfe insbesondere versicherungsrechtliche Fragen, aber auch Fragen zu ärztlichen Kunstfehlern klären könnten. Das geht nur durch einen Staatsvertrag und nicht anders.

Genau wie Herr Dejozé gesagt hat, besteht die Gefahr, dass Personen, die ärztliche Hilfe leisten könnten, aus Haftungsgründen Angst haben, etwas Falsches zu machen. Die niederländischen Erste-Hilfe-Mitarbeiter der Rettungswagen dürfen mehr, als in Deutschland versicherungsrechtlich zugelassen ist, und das ist das Hauptproblem. Wenn in den Niederlanden mehr gemacht werden darf, führt das dazu, dass das nach deutschem Recht nicht versichert wäre. Das müssen wir abstellen, und dafür brauchen wir keine drei, vier Jahre. Das Problem ist schon seit Jahren bekannt. Es wäre schön, wenn wir zeitnah eine Lösung hinbekämen. In der letzten Legislaturperiode, in der das Problem auch schon bekannt war, hat das nicht funktioniert.

Funktioniert hat dagegen die Umsetzung der Euregioprofilschulen, die wir als damalige Landesregierung mit Geld ausgestattet haben, damit dieser grenzüberschreitende Kontakt der Schulen und der Klassen stattfinden kann. Es gab nämlich noch nicht mal Gelder dafür, dass sich Klassen gegenseitig besuchen können, was unter anderem ein erklärtes Ziel war. Dieses Modell der Euregioprofilschulen ist ja aus einem Interreg-Projekt in der Euregio Maas-Rhein entstanden und dann entlang der gesamten Grenze von Deutschland, den Niederlanden und Belgien fortentwickelt worden.

Auch dafür wird Geld gebraucht, damit sich die Schulen gegenseitig besuchen, damit die Schüler grenzüberschreitend dieses dann vorhandene Bildungsangebot erleben und grenzüberschreitend die Nachbarsprache lernen können. Ich werbe dafür, Haushaltseinsparungen, wenn sie denn vorgenommen werden, nicht unbedingt bei den Europaschulen oder bei den Euregioprofilschulen vorzunehmen, weil die eh schon sehr wenig bekommen. Grenzüberschreitende Besuche von Schülern – die waren in der Coronazeit ja unmöglich – weiter zu aktivieren, wäre sehr sinnvoll.

Danke für die Berichte. Meine Ausführungen sollten nur als Ergänzung dienen.

**Inge Blask (SPD):** Auch seitens der SPD-Fraktion heiße ich Sie herzlich willkommen. Schön, dass Sie wieder zum Bericht da sind. Wir freuen uns jedes Jahr über Ihre neuen Erfahrungen.

Ich habe eine Frage zum Thema „Bürokratie und Bürokratieabbau“. Haben Sie den Eindruck, dass während der Kooperationen die bürokratischen Verfahren auf der deutschen Seite verändert oder verringert worden sind? Konnte das optimiert werden? Kennen Sie Erfahrungen aus anderen Bundesländern und von anderen Euregios? Wissen Sie, wie die die Bearbeitung sehen?

Da wir in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Wochen den Haushalt beraten werden, habe ich natürlich auch eine Frage zum Haushalt. Im Haushalt ist für die Zuschüsse zur Förderung der grenzüberschreitenden Maßnahmen wieder eine Summe von 1,3 Millionen Euro vorgesehen. Wir stellen fest, dass die Summe gleichgeblieben ist. Wie beeinträchtigt das Ihre Arbeit? Kommen Sie damit zurecht? Eigentlich steigen im Rahmen der Inflation und der Steigung der Personalkosten ja auch die Kosten.

Nachher werden wir uns unter einem anderen Tagesordnungspunkt auch noch mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 der EU-Kommission beschäftigen. Glauben Sie, dass der auch Auswirkungen auf die Grenzregion haben wird? Denn die Mittelverteilung von der europäischen an die nationale und dann an die regionale Ebene soll ja anders werden. Welche Auswirkungen hätte das für Sie als Euregios?

Dann habe ich noch eine Frage, die etwas ferner liegt und etwas mit den Wahlen in den Niederlanden zu tun hat. In den nächsten Monaten finden in den Niederlanden Parlamentswahlen statt. Was für einen Eindruck haben Sie dazu im Moment? Wie wird die Diskussion geführt? Vielleicht könnten Sie auch berichten, was Sie aktuell in den Medien mitbekommen.

**Christoph Almering (Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO):** Ich habe mir Stichpunkte zu den Fragen gemacht und hoffe, dass ich sie noch alle auf die Reihe kriege.

Zunächst zum Bürokratieabbau. Wir werden sicherlich auch zu dem Thema „Wirtschaft und grenzübergreifender Arbeitsmarkt“ noch hören, dass wir tagtäglich natürlich mit Bürokratie zu kämpfen haben, dass an vielen Stellen noch kompatible Lösungen fehlen, um grenzüberschreitende Arbeit zu erleichtern. Das ist nicht neu, und das wird uns vermutlich auch noch über Jahre verfolgen.

Wir arbeiten immer daran, an der einen oder anderen Stelle zumindest eine Harmonisierung, eine Synchronisierung bestimmter Prozesse und Abläufe hinzubekommen. Den großen Wurf sehen und spüren wir aktuell aber noch nicht. Nach dem, was wir zum Beispiel in Versammlungen der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, der AGEG, mitbekommen, bin ich ziemlich sicher, dass es auch in anderen Grenzregionen durchaus so erlebt wird, dass Bürokratie gerade im grenzübergreifenden Geschäft nach wie vor ein großes Hindernis ist.

Brüssel hat für viele Stellen angekündigt, Bürokratie deutlich abzubauen, aber wo und wie – vor allem wie es stattfinden soll, ist eine große Frage – das genau stattfinden soll, erkennen wir im Moment noch nicht, zumindest nicht für den großen Wurf. Wir erkennen das nur immer mal wieder für einzelne Stellen. Ich komme gleich aber noch dazu, an welchen Stellen es in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hinsichtlich der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes konkret hakt – das macht uns das Leben auch schwer – und warum wir dort aber auch wirklich anpacken müssen.

Zur Haushaltssituation. Wir leiden eigentlich unter den gleichen Rahmenbedingungen wie alle – wie alle Kommunen, wie das Land, wie der Bund, wie das Königreich. Die Situation ist im Moment sicherlich sehr schwierig. Die Preiseffekte, die starken Preissteigerungen, aber auch die Tarifierhöhungen der vergangenen Jahre haben mächtig

ins Kontor geschlagen. Das ist, glaube ich, an allen Stellen gleich. Ob wir mit dem Geld, das für uns insgesamt noch verfügbar ist, all das leisten können, was von uns eigentlich gefordert wird, auch vom Markt, dann auskommen werden, müssen wir sehen. Auch darauf gehe ich gleich noch im Detail ein. Eigentlich ist das der entscheidende Posten, der uns gerade beschäftigt. Das müssen wir gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen, mit Niedersachsen, mit den Niederlanden, aber auch mit den kommunalen und regionalen Partnern lösen. Wir wissen um die Engpässe in allen Haushalten. Auch die Kommunen sind ja sehr stark betroffen, und bei uns sind die Kommunen durch einwohnerbezogene Beiträge auch die eigentlichen Träger der Basisfinanzierung. In den anderen Euregios ist es teilweise ein bisschen anders, teilweise identisch geregelt.

Ein wichtiger Punkt wird die künftige Finanzierung der GrenzInfoPunkte sein, denn dafür werden wir nach den Vereinbarungen von 2019 deutlich mehr Geld benötigen, als wir es momentan zur Verfügung haben – darauf komme ich gleich noch im Detail zu sprechen. Das liegt an genau den Effekten, die Sie gerade beschrieben haben.

Die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 der EU verfolgen wir sehr genau. Wir wissen, dass das gerade für sehr viele Diskussionen sorgt, und das haben wir auch nicht anders erwartet. Wir waren erleichtert, dass im Bereich der Förderprogramme insbesondere Interreg weiterhin verfolgt werden und weiterhin angeboten werden soll. Dass Interreg erhalten bleiben muss, ist für uns ein entscheidender Punkt. Im Moment sieht es auch danach aus, als sollte das weiterhin angeboten werden. Die Frage ist natürlich, wie die entsprechenden Töpfe ausgestattet werden.

Eine entscheidende Frage für uns ist aber vor allem, wie die Entscheidungsstrukturen künftig sein werden. In Brüssel sind durchaus deutliche Bestrebungen erkennbar, viele Entscheidungsprozesse zentralisieren zu wollen. In Bezug auf Interreg halten wir das für eine falsche Entwicklung.

Wir glauben, dass Interreg in seinem Wesen, in seinem ursprünglichen Charakter erhalten bleiben muss, nämlich als interregionale, zwischenregionale Förderung strukturschwacher oder zumindest per se benachteiligter – sie sind ja nicht unbedingt strukturschwach – Regionen. Dafür muss die Entscheidungskompetenz vor Ort in den Regionen liegen und nicht in Brüssel, nicht in Berlin und auch nicht in Den Haag. Es kommt nachher darauf an, wie Interreg nach dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 angeboten, aber auch ausgeführt werden soll. Das ist für uns ein entscheidender Punkt.

Wie ist der Eindruck bezüglich der Wahlen in den Niederlanden? Die Parlamentswahl – im nächsten Jahr – und auch Provinzwahlen, Kommunalwahlen stehen bevor. Sie haben ja verfolgen können, dass die Regierung zerbrochen ist. Es gibt Umfragen, die im Prinzip Ausschläge aufweisen, die wir in Deutschland so vielleicht nicht kennen: Parteien, die einen unglaublichen Boom erlebt haben, sind plötzlich wieder komplett abgestürzt, während etablierte Parteien – in Führungsstrichen – plötzlich wieder Land gewinnen.

Diese Entwicklung ist für deutsche Beobachter interessant, für die Niederlande aber nicht ganz so ungewöhnlich. Das Stammwählerpotenzial in den Niederlanden ist nicht so ausgeprägt, wie es das bei uns an der einen oder anderen Stelle vielleicht ist. Im Moment kann man also schlecht einschätzen, wie die nächsten Wahlen ausgehen

werden. Man guckt immer wieder auf die Umfragen, die können sich in zwei, drei Wochen aber auch schon wieder ganz anders darstellen.

(Inge Blask [SPD]: Darf ich noch eine Nachfrage stellen?)

**Michiel Savelsbergh (Deutsch-niederländischer Zweckverband euregio rhein-maas-nord):** Ich als Niederländer kann noch etwas dazu sagen, weil ich das natürlich jeden Tag mitbekomme. Am 29. Oktober 2025 sind die Tweede Kamerverkiezingen. Im Moment ist es so, dass die PVV und die NSC aus der Regierung ausgetreten sind und nur noch die VVD – das sind die Liberalen – und die BBB – das ist die BoerBurgerBeweging – in der Regierung sind. Die beiden haben natürlich keine Mehrheit mehr.

Wir wissen es natürlich noch nicht, es sieht aber so aus, als ob die Parteien, die erst mit vielen Kräften reingekommen sind, wahrscheinlich nicht wieder mit so vielen Kräften reinkommen. Die politische Landschaft wird sich tatsächlich ziemlich verändern. Es gibt viele Unsicherheiten; im Moment ist das so eine Art Interimssituation.

Bei den Kommunalwahlen am 29. März 2026 werden in den Niederlanden keine Bürgermeister gewählt, sondern nur die gemeenteraaden. Die sind für die neue politische Richtung natürlich auch entscheidend. Steuern, hypotheekrenteaftrek sind wichtige Themen, es gibt aber auch andere, die Sie wahrscheinlich bereits kennen. Die Situation ist also etwas instabil. Wir hoffen natürlich, dass es nach dem 29. Oktober 2025 und nach dem 29. März 2026 etwas übersichtlicher wird.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Die Abgeordnete Blask hat noch eine Nachfrage.

**Inge Blask (SPD):** Ich hatte eine Frage, die ich auch noch an Sie richten wollte, vergessen. Unter dem Gesichtspunkt, dass in Europa über die Gemeinsame Europäische Verteidigungspolitik nachgedacht wird, ist die Frage, ob zum Beispiel nicht auch der Katastrophenschutz noch sehr viel europäischer gedacht werden müsste – mit allen Grenzregionen, die es in Deutschland gibt. Diskutieren Sie das? Welche Auswirkungen könnte das auf Sie haben?

**Michael Dejozé (EVTZ Euregio Maas-Rhein):** Verteidigung ist auf gut Deutsch gerade tatsächlich in aller Munde. Das Thema ist brandaktuell, und auch ein Grenzraum kann sich davor nicht verstecken. Wir im Grenzraum sind auch mit der Thematik konfrontiert. Einer der Aspekte, den diese Thematik unmittelbar auf die Agenda der Grenzräume gebracht hat, ist die Anpassung der Interreg-Verordnungen, in denen Verteidigung als Schwerpunkt der Zusammenarbeitsprojekte aufgelistet wurde.

Beispielsweise treffen sich bei uns gerade Akteure aus dem Verteidigungsbereich, um zu schauen, was der Grenzraum im Rahmen der europäischen Verteidigungsbemühungen als Beitrag leisten kann und wie zum Beispiel Wirtschaftszweige, die langfristig nicht mehr bestehen können, durch Zusammenarbeit in Richtung der Verteidigung umgeschichtet werden können. Wir sehen das in den Niederlanden beispielsweise an dem Unternehmen VDL Nedcar, das nicht mehr tragfähig war und nun in enger

Zusammenarbeit, mit Partnerschaften mit Deutschland neu aufblüht. Bei solchen Aspekten kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Mehrwert sein.

Ich muss auch noch schnell etwas zu den Wahlen sagen, an das Sie bitte denken. Verstehen Sie die Dinge nicht falsch! Wir bei der Euregio Maas-Rhein werden oft gefragt, ob Neuwahlen und eine neue Regierung zwangsläufig bedeuten, dass alte Zusagen – ich denke zum Beispiel an das Einstein-Teleskop – im Nachgang nicht mehr gelten. Die 940 Millionen Euro sind nach wie vor blockiert, und die neue Regierung hebt das nicht direkt aus; das gilt nach wie vor. Für Ihre Überlegungen, welche Konsequenzen von der neuen Regierung zu erwarten sind, gilt also: Diese Zusagen gelten nach wie vor, und das Geld ist nach wie vor budgetiert. Es war mir wichtig, das zu sagen, weil die Frage auch sehr oft von nordrhein-westfälischer Seite kommt.

(Inge Blask [SPD]: Danke!)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Das freut uns und ganz besonders den Abgeordneten Dr. Pfeil.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE):** Auch von unserer Seite herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind und berichten. Die Vielfalt der Bereiche, die im ersten Block schon angesprochen worden sind, zeigt, wie wichtig Ihre Arbeit ist, damit die Länder besser miteinander umgehen, besser kooperieren können.

Ich würde gerne einmal einen Blick zurück werfen. Sie sind vor ungefähr einem Jahr hier gewesen. Damals gab es zwei Themen, und das eine haben Sie gerade nicht erwähnt, bei dem hat sich aber was getan. Stichwort „Doppelbesteuerung“: Zumindest die Länder haben sich auf etwas verständigt, und die Parlamente müssen jetzt meines Wissens noch zustimmen. Bei diesem Thema wurde also durch kontinuierliche Diskussionen und Beharrlichkeit ein, wenn auch nicht umfassender, aber zumindest kleiner Fortschritt erreicht.

Frau Hajjoubi, Sie hatten auch letztes Jahr über osteuropäische Arbeitsmigration und über das Projekt „TRAM“ gesprochen und erwähnt, dass Sie auch schauen wollen, inwiefern mit den Regionen, aus denen die Menschen kommen, also Rumänien, Ungarn oder anderen, kooperiert werden kann. Hat es dahin gehend irgendwelche Fortschritte und Ergebnisse gegeben? Sind bessere Kommunikationswege etabliert worden? Hat sich die Situation insgesamt verbessert?

Sie haben gerade von Law Clinics gesprochen, und mir ist nicht ganz klar geworden, was deren Aufgabe ist und wie dort vorgegangen wird. Könnten Sie das noch kurz erläutern?

Dann weise ich, da Sie, Frau Hajjoubi, zur osteuropäischen Arbeitsmarktintegration ausgeführt haben, darauf hin, dass ein Lagebild zur Notfallversorgung geschaffen werden soll. Das Land Nordrhein-Westfalen hat über viele Jahre Modellprojekte gefördert, in denen es darum ging, wie südosteuropäische Arbeitsmigranten in Kommunen Nordrhein-Westfalens besser unterstützt, integriert werden können. Von diesen Modulen – das sind vielfach ja auch neue Ideen, Modellvorhaben gewesen – sind viele in die Kommunalen Integrationszentren integriert worden. Inwiefern besteht eine Kooperation? Kann auf das Wissen, die Erfahrung – ich glaube, dass die Programme in NRW

acht Jahre lang gelaufen sind – zurückgegriffen werden, damit das Rad ggf. nicht neu erfunden werden muss?

**Maïke Hajjoubi (Deutsch-niederländischer Zweckverband euregio rhein-maas-nord):**

Die Fragen waren in erster Linie an mich gerichtet, ich werde an der einen oder anderen Stelle aber an einen Kollegen abgeben, der tiefer in der Thematik ist.

Mich hat gerade etwas irritiert, dass Sie davon sprachen, dass sich bei der Doppelbesteuerung etwas getan habe. Ich habe gerade mal die Kollegen angeguckt; ich weiß nicht, ob wir gerade Doppelbesteuerung und Homeoffice durcheinanderbringen, denn unseres Wissens hat sich beim Homeoffice etwas getan. Zu der Doppelbesteuerung weiß ich nichts, aber vielleicht haben Sie andere Informationen als ich.

(Christoph Almering [Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO]:  
Dazu können wir etwas sagen!)

Bezüglich des Projekts „TRAM“ sind die Kollegen de Ruiter und Kochs, glaube ich, noch besser informiert als ich, weil es ihre Euregio betrifft.

Die letzte Frage ging in Richtung des Projekts zur Notfallversorgung, das wir neu aufsetzen. Sie haben nach den KIs, den Kommunalen Integrationszentren, gefragt; diese sitzen tatsächlich mit am Tisch wie auch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Wir sind sehr darauf bedacht, das Rad nicht neu zu erfinden und keine Doppelungen aufzubauen und uns gut abzustimmen. Das Kommunale Integrationszentrum des Kreises Kleve wird sogar Partner. Wir sind da also, glaube ich, gut unterwegs.

**Christoph Almering (Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO):** Ich gebe das an Frau Adamsky weiter. Sie ist die Leiterin unseres GrenzInfoPunktes bei der EUREGIO, mit Detailfreien beschäftigt und sicherlich auch mit den Neuerungen des Doppelbesteuerungsabkommens – das so ja schon 2023 auf den Weg gebracht wurde – befasst.

**Sonja Adamsky (Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO):** Zurzeit ist es so, dass die Besteuerung des Arbeitens im Homeoffice eine große Rolle spielt. Nach Corona war die Besonderheit, dass diese Form der Beschäftigung immer weiter zugenommen hat und dass diese Art der Beschäftigung im grenzüberschreitenden Kontext schwierig zu händeln ist.

Auf verschiedenen Gebieten gab es Bestrebungen, solche Sachen zu verbessern, um die Besteuerung, die Sozialversicherungssituation besser händeln zu können. Im Bereich der Besteuerung will man, dass – ich meine, es soll ein Ergänzungsprotokoll verabschiedet werden – die Besteuerung von Tagen, an denen im Wohnstaat gearbeitet wird, bis zu der bestimmten Anzahl von 34 Tagen nicht angetastet werden soll, sondern die Besteuerung im Quellenstaat bzw. im Arbeitsstaat belassen werden soll. Das ist der augenblickliche Sachstand. So viel ich weiß, ist der aber noch nicht publiziert; dass da jetzt Bewegung stattfinden soll, kommt erst noch.

**Maïke Hajjoubi (Deutsch-niederländischer Zweckverband euregio rhein-maas-nord):**

Die Doppelbesteuerung bei Beamten gibt es aber nach wie vor. Das Thema besteht immer noch. Darüber haben wir gerade auch noch mal auf der Grenzlandkonferenz, im Rahmen der Grenzlandagenda gesprochen. Das Problem besteht nach wie vor.

(Kopfnicken von Sonja Adamsky [Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO])

**Andreas Kochs (Deutsch-niederländischer Zweckverband Euregio Rhein-Waal):**

Ich sage Ihnen etwas zu den gerade gestellten Fragen zu dem Projekt „TRAM“. Hinsichtlich der Situation, wie sie sich in Südosteuropa darstellt, und der Zusammenarbeit des Projektes „TRAM“ mit dortigen Staaten, um zu schauen, wo die dortigen Bürger herkommen bzw. wie sie hier aufgenommen werden, muss wirklich gesagt werden, dass das, was wir mitbekommen, eher so am Rande ist. Wir haben mit diesen Mitgliedsstaaten keine konkreten Kooperationen. Meistens geht es ja um Staaten Südosteuropas, also Bulgarien, Rumänien.

Wir müssen leider feststellen, dass es dort – ich drücke mich mal vorsichtig aus – diplomatische Herausforderungen gibt, wenn es darum geht, dieses Thema zu adressieren. Man sagt dann sehr schnell bzw. man kann sehr schnell den Schluss ziehen, dass das Personenkreise sind, die auch in diesen Ländern schon in sehr prekären Lebenssituationen gelebt und dann diesen Weg in unsere Richtung bzw. an die deutsch-niederländisch-belgische Grenze genommen haben, um hier in sehr prekären Verhältnissen zu leben, aber schlussendlich auch zu arbeiten. Denn was sie hier verdienen, ist immer noch mehr als das, was sie in ihrem Heimatland verdienen. Das heißt nicht, dass wir daran nicht arbeiten, dieses Thema ist aber sicherlich noch mal besprechungswürdig und sollte an entsprechender Stelle auch noch mal adressiert werden. Es ist aber nicht Gegenstand des Projektes „TRAM“.

Im Projekt „TRAM“, „transnationale Arbeitsmigration in der Euregio“ Rhein-Waal, wird sich studienmäßig mit guten Unterkünften, damit, wie die Menschen untergebracht sind, wie die dortigen Strukturen sind, wie diese zugunsten dieser Arbeitnehmer verbessert werden können und wie diese aufgefangen werden können, wenn es im jeweiligen Land zu Entlassungen, zu Krankheit kommt und man in einem grenzüberschreitenden Kontext dann mit diesen Problemen konfrontiert werden, beschäftigt.

Die Law Clinics befassen sich mit den Beratungsmöglichkeiten, die der öffentlichen Hand, die den öffentlichen Stellen an die Hand gegeben werden. Die Mitarbeiter von Kommunen, von öffentlichen Stellen werden dort entsprechend geschult. Deshalb wurde für dieses Projekt entschieden, sogenannte Law Clinics einzusetzen, um dort die entsprechenden Experten zu dieser Fragestellung mit den Mitarbeitern von öffentlichen Beratungsstellen kooperieren zu lassen. Das ist der Hintergrund – so weit erst mal dazu.

(Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE]: Danke schön!)

**Michiel Savelsbergh (Deutsch-niederländischer Zweckverband euregio rhein-maas-nord):** Eine kurze Ergänzung zu den Schutzwohnungen. Es gibt im Moment ein niederländisches Beispiel aus Venlo. Dort gibt es 15 Betten; dort werden Leute

aufgefangen. Diese bekommen dann entweder innerhalb von zwei Wochen neue Arbeit oder gehen zurück ins Herkunftsland.

Auf deutscher Seite ist das etwas komplizierter, weil Leute, die in Deutschland auf der Straße landen, nur eine Schutzwohnung bekommen, wenn sie in der Kommune registriert sind. Dann muss die Kommune auch eine Schutzwohnung haben. Die gibt es nicht überall; wir haben damit richtig Probleme. Die Kreise sind dafür nicht zuständig, und sie sagen auch, dass das nicht ihre Aufgabe sei.

Wenn es aber keine Schutzwohnung gibt, trauen sich die Leute auch nicht, eine Aussage gegen ihren Arbeitgeber zu machen, damit die Polizei Beweise sammeln kann, um die Staatsanwaltschaft zu überzeugen. Das ist eigentlich das Kernproblem. Wir brauchen auf deutscher Seite – das wird mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales diskutiert; das ist aber noch auf einer abstrakten Ebene – ein paar Schutzwohnungen nach niederländischem Modell – ich sage es mal so –, damit Leute auch richtig aus dieser schlechten Struktur der Straße herausgenommen und auf den richtigen Weg gebracht werden können. Das ist im Moment das Kernproblem der Kommunen und der Kreise.

**Andreas Keith (AfD):** Vielen Dank an Sie, dass Sie uns mit Ihren Berichten hier heute entsprechende Informationen gegeben haben. Ich habe Nachfragen. Frau Hajjoubi, Sie haben in Ihrer Ausführung eben vier bereits erzielte Ergebnisse erwähnt. Ich konnte nicht alle mitschreiben, aber einer davon waren Wohnraumkontrollen.

Können Sie die erzielten Ergebnisse beziffern, wenn Sie sagen, dass Sie schon Kontrollen durchgeführt hätten? Lassen sich in diesem Fall Rückschlüsse auf die Strukturen dahinter, auf die entsprechenden Personen, auf die Arbeitsmigranten selbst, den illegalen Grenzübertritt, die Schleusung oder was auch immer ziehen? Worauf konzentrieren Sie sich dabei? Inwiefern und inwieweit arbeiten Sie mit den Behörden zusammen? Wie sieht die Kooperation aus, und was könnte an dieser Kooperation im Hinblick darauf verbessert werden?

**Maïke Hajjoubi (Deutsch-niederländischer Zweckverband euregio rhein-maas-nord):** Ich gebe die Frage an den Kollegen Almering weiter. Die Wohnraumkontrollen sind Teil des „Euregionalen Netzwerkes Arbeitsmigranten“, was in der EUREGIO mit Sitz in Gronau stattfindet. Herr Almering ist daher besser darüber informiert.

**Christoph Almering (Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO):** Wir haben unser Projekt „Euregionales Netzwerk Arbeitsmigranten“ natürlich evaluiert. Es gibt Zahlen, Daten und Fakten, die wir gerne nachreichen können. Der entscheidende Punkt ist aber, dass wir durch die Bildung von runden Tischen eine Zusammenarbeit zwischen Behörden gefördert haben, die es in dieser Form vorher nicht gegeben hat. Die runden Tische gab es nicht, die Behörden schon.

Es hat das Problem bestanden, dass es insbesondere die Organisationen, die Firmen, die meistens verdeckt gearbeitet haben, relativ leicht hatten, Migranten über die Grenze zu bringen, um diese in Deutschland wohnen – das ist noch kein illegaler

Grenzübertritt – und in den Niederlanden arbeiten zu lassen. Das ist das Kernproblem, und daraus entstand die Problematik, dass wir der Sache nicht Herr werden konnten, weil auf der einen wie auf der anderen Seite Ansprechpartner auf Augenhöhe fehlten. Ab wann ist ein Einwohnermeldeamt, ab wann das Ordnungsamt, ab wann die Polizei, ab wann der Zoll, ab wann die Steuerbehörde, ab wann die arbeidsinspectie zuständig?

Ich will nicht sagen, dass diese Verbindungen bis dato eigentlich weitgehend unbekannt waren, aber sie wurden kaum bespielt. Das haben wir aufgelöst, indem wir runde Tische gebildet und dafür gesorgt haben, dass beispielsweise die von Ihnen gerade angesprochenen konkreten Kontrollen in Unterbringungen durchgeführt wurden und von da aus die Wege, insbesondere zu den Leiharbeitsfirmen auf niederländischer Seite, zurückverfolgt werden konnten. Das hat dazu geführt, dass wir im Prinzip die Strukturen angefasst haben und feststellen konnten – das kann ich konkret am Beispiel des Kreises Borken benennen –, dass die Anzahl der Unterkünfte dort deutlich zurückgegangen ist – also: die Anzahl der Unterbringungen ist zurückgegangen. Wir haben die Struktur, von der wir wussten, an dieser Stelle im Prinzip also ein Stück weit zerschlagen. Da wir nicht wissen, wie viele es wirklich gab, können wir aber nicht sagen, wie viele wir zerschlagen haben

Wir stellen jetzt aber fest: Dadurch, dass wir den Grenzraum weiterhin sehr intensiv beobachten, gibt es Strukturen, wie es sie vor zwei, drei Jahren noch gab, und das nicht nur bei uns – Kleve und Emmerich waren ja Schwerpunkte –, in dieser Form nicht mehr. Wir wissen aber auch – deswegen wird das Projekt auch ohne Interreg-Mittel fortgesetzt –, dass sich in diesen Konstruktionen natürlich neue Bestrebungen ergeben, um das von uns Aufgebaute wiederum zu umgehen. Eigentlich ist das wie ein Rüstungswettlauf. Wir müssen jetzt neue Methoden und neue Instrumente entwickeln, um weiteren Ausbeutungsgefahren zu begegnen.

**Dr. Günther Bergmann (CDU):** Ich will am Anfang mal sagen, dass wir viele Dinge auch schon erreicht haben, bevor hier immer nur über Probleme gesprochen wird, bevor der Drang nach Interreg-Mitteln wieder ausgeübt und formuliert wird. Es ist uns hinsichtlich der Ungerechtigkeit aufseiten der Westgrenzen bei der Verteilung der Interreg-Mittel beim letzten Mal gelungen, dass es nicht nur im Osten eine starke Fokussierung gibt. Das ist schon ein Erfolg, den sich die Landesregierung mit auf ihre Fahne schreiben kann, und das muss hier auch mal gesagt werden. Davon haben Sie alle profitiert.

Beim Katastrophenschutz wird toll zusammengearbeitet. Im Hinblick auf die Deichringe 46 und 48 – beidseits des Rheins – sollte nicht so getan werden, als wären wir auf eine Katastrophe überhaupt nicht vorbereitet. Wir haben die Hochwasser von 1993 und 1995 alle noch im Kopf, und die Menschen vor Ort haben die durch regelmäßige Übungen auch vor Augen.

Es gibt eine deutliche militärische Zusammenarbeit. Ich komme aus der Stadt mit einem der größten NATO-Standorte, die wir in unserem Land haben. Dort sind die Niederländer; dort sind alle NATO-Länder vertreten. Dort hat es letztens eine gemeinsame Übung gegeben, die nach 30 Jahren erstmalig wieder dazu geführt hat, dass der Rhein mit Pontons überbaut wurde. Daran, wie schwerfällig das geschehen ist – ich bin vom

Alter her ja jemand, der beurteilen kann, wie das noch vor 30 Jahren abgelaufen ist –, sieht man, dass wir 30 Jahre zu lange damit gewartet haben, das mal wieder zu üben.

Dass sich Marcus Optendrenk, als jemand, der von ganz nah an der Grenze stammt, mit Vehemenz für die Homeoffice-Lösung eingesetzt hat, sodass wir mit diesem Zwischenerfolg – das kann nur ein Zwischenschritt sein – mit dem Steuerrecht im 21. Jahrhundert angekommen sind, muss doch auch mal erwähnt werden.

Ich will zwei, drei Punkte sagen, die mich gerade in Wallung gebracht haben bzw. die ich kopfschüttelnd zur Kenntnis genommen habe. Die Deutschen müssten mehr Notaufnahmen oder Unterkünfte zur Verfügung stellen – von wegen! Um hier nicht Ursache und Wirkung zu verwechseln, will ich die niederländische Seite mit Blick auf die Unterbringung von EU-Binnenwanderern kurz daran erinnern, dass der Wet Aanpak Schijnconstructies von 2018 der Auslöser dieser Sache war. Das kennen wir in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt nicht; das ist in unserem Sozialgesetz überhaupt nicht vorgesehen.

Die uitzendbureaus in den Niederlanden haben eine ganz andere Funktion als die auf unserer Seite Tätigen, als die nur für die Peaks zuständigen Zeitarbeitsfirmen. Es ist dort der Regelfall, dass die Vermittlung von Arbeitnehmern über diese Firmen erfolgt. Als das niederländische Parlament dann eine prozentuale Barriere einsetzte, was die für Kost und Logis – ich sage es mal etwas salopp – zurückhalten dürften, kam der Druck auf die deutsche Seite. Das war eine bilaterale Unverschämtheit – so sage ich es mal –, was die Niederlande da gemacht haben. Wenn Sie sich heute an die Grenze stellen ...

Ich stimme Ihnen auch nicht zu, wenn Sie sagen, es sei alles schon viel besser geworden. Ich habe am Samstag einen Termin gehabt, bei dem ich vor einem normalen Einfamilienhaus stand, in dem 16 Bulgaren und Rumänen wohnen, die 500 Euro bezahlen. Überlegen Sie sich das mal: Das sind 15.000 Euro Monatsmiete, die dort von irgendeinem schlechten deutschen Vermieter, von einem miesen Kerl erwirtschaftet werden. Man kann das nicht schönreden: Das ist moderner Sklavenhandel.

Ich bin im letzten Jahr – Herr Dr. Kaiser war dabei – mit der Parlamentariergruppe „NRW-Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum“ unter anderem in Sofia gewesen, und mich entsetzt auf welch völliges Desinteressement das auf der bulgarischen Seite stößt. Wenn man sagt: „Kümmert euch doch mal um eure Leute“, wird gesagt: „Nee, die schicken gut Geld“. Wenn ich das hier dann den Rajon vom konsularischen Corps, einen Rumänen, frage, heißt es: Ja, die Probleme mit diesen Zigeunern haben wir in Rumänien auch. – Ich sage: Entschuldigung, es geht gar nicht um Zigeuner. – Ob man Roma, Sinti oder Zigeuner ist, ist mir egal; es gibt ja auch durchaus unterschiedliche Benennungen. Das ist mir dabei doch völlig egal. Dass er das auf diese Gruppe reduziert, die bei uns unter den Leiharbeitern keine Rolle spielt – die spielt vielleicht in Duisburg und in den großen Unterbringungen eine Rolle –, zeigt auch dort das völlige Desinteressement.

Ich muss ehrlich sagen, dass es mich wahnsinnig macht, wenn ich merke, dass diese armen Schlucker da sitzen. Wenn sie krank werden, werden sie vor die Tür geschmissen und enden auf der Straße – aufgrund des Wet Aanpak Schijnconstructies van 2018 in de Tweede Kamer van de Nederland und nicht der aus der Bundesrepublik

Deutschland. Und wir müssen uns dann kümmern, weil Menschen behandelt werden, als wären sie einfach ein Objekt. Die sind ja schon ein Subjekt. Das finde ich nicht in Ordnung; das finde ich nicht in Ordnung. Ich will Ursache und Wirkung da nicht vertauscht wissen – das will ich in aller Deutlichkeit so sagen.

Ich bin Karl-Josef Laumann total dankbar – ich bin dabei gewesen –, dass er in Emmerich ein dementsprechendes Beratungsbüro – das Programm heißt, glaube ich, „Arbeit und Leben GB/VHS Nordrhein-Westfalen“ – eingerichtet hat – mit Blick auf die Rumänen und die Bulgaren, die jeden Morgen über den Autosnelweg 12 in fast schon Viehtransportern in die Niederlande gefahren werden, abends wieder zurückkommen und dann in die warme Matratze springen müssen, die sie sich mit einem anderen teilen.

Das Problem ist, dass man nicht hinter diese geschlossene Front kommt. Es gibt nur ganz wenige Menschen, die sich trauen, dort hinzugehen und sich Beratung zukommen zu lassen, weil sie durch die Überwachung der uitzendbureaus Angst haben, irgendwie einen Haken oder einen Reiter auf die Akte gesetzt zu bekommen und beim nächsten Mal eben keine Vertragsverlängerung mehr zu bekommen. Das sind die Wahrheiten, die wir angucken müssen.

Wir müssen auf das Melderecht schauen; das ist ein Bundesrecht. Es ist ein Problem, das auf vier Wochen zu reduzieren – klar. Brandschutz, Hotellerie sind alles ordnungsrechtliche Punkte; das ist ja alles schon versucht worden. Wir werden dieses Problems nicht Herr werden, solange es auf der einen Seite uitzendbureaus gibt, die sich unglaublich benehmen, und auf der anderen Seite deutsche Vermieter, die das letzte, was sie haben, noch in irgendeiner Form auf den Markt bringen wollen.

Jetzt versuche ich, wieder ein bisschen weniger Wallung reinzubringen. Ich möchte gerne zwei Punkte aus Ihren vorherigen Ausführungen aufgreifen.

Bezüglich der Bildung, den Euregioschulen. Bei mir gibt es eine Euregioschule, die als Ersatzschule aus einer sterbenden Schule heraus entstanden ist und jetzt relativ gut läuft. Im Gegensatz zu dem, was Dr. Pfeil für Belgien gerade richtig geschildert hat, richtet sich diese aber nicht primär an niederländische Schüler bzw. sieht diese als Potenzial, sondern richtet sich an Schüler, die niederländische Staatsangehörige sind und auf deutschem Staatsgebiet wohnen. Die machen bei uns einen erheblichen Anteil aus.

In Wyler, dem Dorf – das kennen hier im Raum nur zwei weitere – mit der Unterbringung, von der ich vorhin sprach und in dem ich war, leben 30 % niederländische Staatsangehörige. Wenn wir Glück haben – die Nordrhein-Westfalen machen da immer die Augen zu, denn dort wird tausendfach gegen die deutsche Schulpflicht verstoßen –, schicken die ihre Kinder auf die Euregioschule, sodass diese dort die Schullaufbahn durchlaufen können.

Müssten wir uns stärker auf die auf der anderen Grenzseite Lebenden ausrichten? Das ist nämlich, glaube ich, ein neuer Gedanke daran. Europaschulen usw. in Höxter oder so haben vielleicht einige niederländische Schüler, aber im Regelfall haben die ja einen anderen Antrieb als eine Schule, die direkt an der Grenze liegt. Das war der eine Punkt.

Der zweite Punkt, den ich hervorheben bzw. diskutieren möchte, bezieht sich auf den Katastrophenschutz. Ich glaube auch, dass das Haftungsproblem ein ganz großes ist, glaube aber – dazu hätte ich gerne die Empfehlungen der Euregios – vielmehr, dass die Kostenübernahme im Mittelpunkt steht. Wenn Sie im Notfall einen Helikopter nehmen ...

Lassen Sie uns noch mal über das wunderbare Dorf Wyler sprechen. Sie alle wissen, dass Selfkant und Elten nach dem Zweiten Weltkrieg von den Niederlanden an uns zurückgegeben worden sind. Der Wylerberg wurde aber nie zurückgegeben und gehört bis heute zum niederländischen Staatsgebiet, obwohl er deutsch war. An Wyler grenzend liegt in Nijmegen die wunderbare, die zweitgrößte Universitätsklinik der Niederlande: das Radboudumc. Das können Sie von dort aus sehen. Wenn Sie da hingehen, kriegen Sie mit der AOK bzw. nicht nur mit der AOK, sondern mit allen Kostenträgern aber ein Problem.

Das bedeutet: Wenn Sie einen schweren Unfall haben, sitzen in Nijmegen die Spezialisten – das ist die zweitbeste Uniklinik von den Niederlanden – und Sie werden gezwungen, nach Buchholz in Duisburg geflogen zu werden, obwohl das Flugzeug nach Nijmegen gar nicht aufsteigen müsste, weil man in zwei Minuten in der Klinik wäre.

Wie lauten Ihre Empfehlungen zur Kostenübernahme? Wie könnten wir weiter vorgehen? Die Ärzte-Problematik wird auf der deutschen und auch auf der niederländischen Seite zukünftig noch viel stärker gelten als derzeit. Ich rede auch nicht nur von Notfällen, sondern von der regelmäßigen Betreuung. Wie ist dazu aus Ihrer Sicht noch etwas machbar?

**Vorsitzender Stefan Engsfeld:** Bevor Sie antworten: Herr Keith von der AfD-Fraktion hat sich noch mal zu Wort gemeldet. Ich würde seine Frage noch dazu nehmen, weil wir uns mit Blick auf die Uhr jetzt ein bisschen kürzer fassen müssen.

**Andreas Keith (AfD):** Da der Katastrophenschutz jetzt mehrfach angesprochen worden ist, habe ich dazu auch noch eine Frage. Herr Pfeil und ich waren beide Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021.

Herr Dejozé, sehen Sie mir das nun Folgende nach. Sie haben eben in Ihrer Ausführung gesagt, dass wir einfache, strukturierte Kooperationskonzepte brauchen – zumindest hat es so geklungen. Im weiteren Verlauf haben Sie davon gesprochen – dazu ist meine Frage –, dass Sie gleichsprachige Teams bilden, dass Einsatzabschnitte gebildet werden, sodass Kapazitäten und Befähigungen entsprechend eingesetzt werden können. Ich ging davon aus, dass wir vier Jahre nach dieser schrecklichen Katastrophe in diesem Bereich grenzüberschreitend schon deutlich weiter sind und dass diese Konzepte schon vorliegen.

Ihre Ausführungen haben mich ein bisschen irritiert, weil ich nicht genau weiß, ob Ihre nachgelagerte Ausführung, die Beschreibung dieser Konzepte, oder ob Ihre erste Ausführung, dass es das in diesem Bereich noch gar nicht gibt, zutreffend ist. Könnten Sie das noch mal präzisieren?

**Michael Dejozé (EVTZ Euregio Maas-Rhein):** Ich werde vor allem auf die Fragen zu den Euregioprofilschulen und dem Katastrophenschutz eingehen. Die Arbeitsmigration ist bei uns in der Euregio Maas-Rhein ein weitaus weniger behandeltes Thema.

Euregioprofilschulen gehen tatsächlich in beide Richtungen. Wir sehen rund um Aachen sowohl das genannte Phänomen, dass niederländische Menschen in Deutschland leben, aber beispielsweise auch, dass deutsche Staatsbürger in Belgien oder in den Niederlanden leben. Herr Dr. Pfeil, Sie wissen darüber bestens Bescheid. Aachen wächst quasi in Belgien rein. Kelmis hat mittlerweile, glaube ich, einen Ausländeranteil um die 40 %; das sind größtenteils deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. In Vaals in den Niederlanden gibt es mittlerweile auch zahlreiche deutsche Staatsbürger.

Wir sehen das also wie gesagt auf beiden Seiten der Grenze, und wir sehen auch, dass das für die Euregioprofilschulen eine besonders lohnenswerte Zielgruppe ist. Das heißt, dass wir uns selbstverständlich Mühe geben, gerade an diesen Stellen noch proaktiver an die Schulen heranzugehen, wenn die Schulen diese Services oder diese Mehrsprachigkeit nicht in ausreichendem Maße anbieten, damit die Menschen auch in ihrer Wohnumgebung Fuß fassen können.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Eine deutsche Staatsbürgerin oder ein deutscher Staatsbürger, die oder der in Vaals lebt, wird seinen Lebensmittelpunkt als Grenzgänger im Zweifelsfall nach wie vor in Deutschland haben. Wenn er nur aufgrund des Wohnungsmarktes, aufgrund der Wohnungspreise über die Grenze gezogen ist, wird er seinen Lebensmittelpunkt nach wie vor in Deutschland haben, auch wenn er physisch in Vaals lebt. Dort möchten die Kommune und die Gemeinschaft natürlich, dass dieser Mensch ein Stück weit integriert werden kann, und dafür ist Mehrsprachigkeit eben vonnöten. Es geht bei dieser Zielgruppe nicht nur um den Arbeitsmarkt, sondern es geht auch darum, Menschen die Möglichkeit zu geben, auf der anderen Seite der Grenze, in einer anderen Sprachregion, angemessen Teil der Gesellschaft zu werden sowie die Nachbarn und die Gemeinschaft verstehen zu können.

Wir legen also besonderen Wert darauf, dass an den Orten, an denen wir diese Phänomene beobachten, Euregioprofilschulen zur Verfügung stehen, sodass gezielt auf diese Zielgruppen zugegangen werden kann. Andernfalls schaffen wir uns da ein neues Problem, das sich mittelfristig beispielsweise wieder in einer schlechteren Integration zeigt. Ich erinnere an das, was wir auch zum Arbeitsmarkt sagen: Wir möchten, dass die Menschen im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt Fuß fassen können, und gerade bei diesen Gruppen ist Mehrsprachigkeit eben besonders relevant.

Zum Katastrophenschutz möchte ich Anmerkungen geben. Wir zeigten nur, was alles nicht geht, und nicht, was geht – von wegen! Ich hatte das Gefühl, gut aufgezeigt zu haben, dass die Zusammenarbeit extrem intensiv ist. Rein statistisch gesehen wird in der Euregio Maas-Rhein, während wir hier sitzen, eine Ambulanz oder eine Feuerwehr über die Grenze fahren. Ich finde offen gestanden, dass das etwas ist, auf das man stolz sein sollte. Ich zumindest bin stolz und hatte das Gefühl, das so geschildert zu haben.

Ich glaube tatsächlich, dass die Stärke der Zusammenarbeit ist, dass nicht in irgendeinem Mitgliedstaat gesagt wurde: „Ihr müsst jetzt zusammenarbeiten“, sondern dass die Feuerwehrkräfte, die Ambulanzen usw. selbst gesagt haben: „Wir bekommen das

hier nicht geregelt, wenn wir nicht gemeinsam handeln“. Der Antrieb ist dann ein völlig anderer. Die haben festgestellt, dass sie ohneinander gar nicht können.

Die Haftungsproblematik steht dem natürlich im Weg. Selbst bei den besten Absichten, dem besten Willen, dämpft es, wenn man danach juristisch, privat Konsequenzen davontragen muss oder könnte, die Moral oder auch den Wunsch nach Zusammenarbeit.

Ich nenne noch ein krasses Beispiel, das ich eben nicht genannt habe; nun will ich es Ihnen aber doch mitgeben. Wenn eine belgische Ambulanz nach Deutschland fährt, hat die Medikamente an Bord, die in Deutschland als Drogen klassifiziert sind. Streng genommen fällt das unter Drogenschmuggel. Viel Glück, das dem Richter zu erklären, wenn Sie die Polizei anhält. Wir klären das praktisch: Die fahren trotzdem rüber, weil das halt ein Notfall ist, aber formaljuristisch ist das nicht geklärt. Ich bin nach wie vor dagegen, dass die an der Grenze erst mal stehen bleiben und alle Medikamente herausholen, die vielleicht infrage kommen; dafür hat kein Mensch Zeit.

Bei der Kostenübernahme bin ich bei Ihnen. Mit Blick auf die Zeit versuche ich, das Thema nicht zu groß zu machen. Wir haben das Thema zum einen in der Notfallmedizin und zum anderen im Regelbetrieb. In der Euregio Maas-Rhein war das 25 Jahre lang eigentlich sehr gut geregelt. Grenzüberschreitende Dienstleistungen im Gesundheitswesen konnten fast uneingeschränkt genutzt werden. Aber wer zahlt die Zeche?

Wir haben festgestellt – in meiner Funktion sollte ich das möglicherweise auch nicht zu provokativ sagen –, dass oftmals Einbahnstraßen geschaffen werden. Cherry Picking, sagt der Brite. Kunden übertreten relativ schnell die Grenze, beispielsweise von Belgien nach Deutschland, weil auf der anderen Seite gewisse Gesundheitsleistungen schneller oder ggf. sogar besser verfügbar sind. Die Krankenkassen haben sich daraus irgendwann ein Fest gemacht und die ganzen belgischen Patienten als Privatpatienten abgerechnet, was der belgische Staat komplett refinanzieren musste. Long story short: Das ist eine unglaublich komplexe Problematik, die den Rahmen hier sprengen würde. In der Praxis geht im Notfall schon vieles.

Es gibt aber auch eine gewisse Sorge, dass manche Krankenhausstandorte Probleme bekommen. Erst letzte Woche musste ein Patient aus Maastricht, der nach Aachen hätte fahren sollen, nach Utrecht oder so was. Das kann ich auf gut Deutsch keinem Menschen erklären. Oft liegt das aber auch daran, dass lokale Abkommen, die häufig sehr gut funktionieren, neuen Fachkräften nicht ausreichend bekannt sind, sodass die dann falsche Entscheidungen fällen.

Wir können lokal eine Menge regeln, aber irgendwann stoßen wir an unseren Grenzen, und das ist gerade bei Haftungsproblematiken der Fall, aber auch bei der Versicherung der Krankenkassen. Wenn das flächendeckend gemacht werden soll, hat das einen ganz anderen finanziellen Impact und erfordert dann auch eine ganz andere Vorgehensweise, als wenn wir in der Städtereion Aachen das mit den niederländischen Kollegen, mit den Kollegen aus Vaals lokal lösen. Das kriegen wir hin, aber eben nur lokal, wo die finanziellen Konsequenzen limitiert sind. Das muss größer gedacht werden. Vermutlich könnte das aber ein eigener Tagesordnungspunkt sein und sprengt hier den Rahmen.

Letzter Aspekt: Einsatzabschnitte. Möglicherweise war ich nicht deutlich genug. Wir machen das. Wir haben gelernt; wir haben nach der Hochwasserkatastrophe, aber auch schon vorher, die Techniken durch zahlreiche Übungen verfeinert. Wir haben dabei nur auch festgestellt, dass wir ein Stück weit ehrlich sein müssen. Wir können nicht – das habe ich eben, glaube ich, auch gesagt – davon ausgehen, dass beispielsweise die belgischen Frankofonen die niederländischen und die deutschen Feuerwehkräfte perfekt verstehen und dass die in der Praxis sehen, wie die anderen funktionieren. Das wird nicht passieren. Auch der Turnover, der Wechsel bei den Fachkräften ist dafür viel zu hoch. Wir werden das nicht erleben.

Dass wir im Umkehrschluss sprachlich geschlossene Einsatzteams für Einsatzabschnitte definieren, die dann über mehrsprachige Verbindungsoffiziere in den Ländern kommunizieren, funktioniert hervorragend. Wir müssen ein Stück weit also auch pragmatisch sein. Wir sollten nicht versuchen, etwas übers Knie zu brechen, von dem wir wissen, dass es nicht funktioniert. Stattdessen sollten wir praktische Lösungen wie beispielsweise nicht gemischte Einsatzteams oder Liaisonoffiziere. Wir haben kalte und warme Liaisons – so wird das genannt –, also welche für normale Zeiten und welche für Krisenzeiten, und das klappt hervorragend. In Übungen testen wir das regelmäßig.

Ich will festhalten, dass nach der Katastrophe alles ein wenig beschleunigt worden ist. Viele der Lösungen sind da und müssen nicht noch entwickelt werden.

Eine Entwicklung, für die ich um Aufmerksamkeit bitte, sind die Einsatzplattformen. Wenn man bei einer Hochwasserkatastrophe in Belgien beispielsweise einen Wasserpegelstand bekommt und den erst mal über diese Offiziere kommunizieren muss, klappt das. Das ist zwar ein bisschen wie stille Post, aber es klappt. Mittelfristig sollte es aber gemeinsame Plattformen geben, über die die Daten in Echtzeit über die Grenze gehen. In der Euregio Maas-Rhein gibt es dazu ein Pilotprojekt, in dem wir für Krisen in den drei Ländern eine Plattform nutzen. Wenn das Wasser irgendwo um 1 m steigt und das von einem Sensor erfasst wird, wird die Information direkt in die drei Länder weitergegeben. So etwas sollte nicht auf Pilotbasis stattfinden. Wir testen das gerade, wenn das aber funktioniert – so scheint es –, sollte das flächendeckend etabliert werden, denn das sind die Lösungen, die wir brauchen.

**Andreas Kochs (Deutsch-niederländischer Zweckverband Euregio Rhein-Waal):**

In unserer Euregio läuft zurzeit ein Interreg-Antrag, in dem es darum geht, die akute Notfallversorgung in den grenznahen Krankenhäusern gemeinsam mit der Radboud Universität in Nijmegen besser zu koordinieren. Dadurch soll es vermieden werden, das angesprochene Rad neu zu erfinden, wenn es um die Etablierung von eigentlich schon längst überfälligen Strukturen geht, sodass wir eine durchgängige Notfallversorgung sicherstellen können.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Damit sind wir am Ende des ersten Themenblocks „grenzüberschreitende Kooperation“. Mit Blick auf die Uhr schlage ich Folgendes vor, denn einerseits sind wir schon hinter der Zeit, aber andererseits lohnt sich, wie wir sehen, der Diskurs und die Debatte. Für uns ist das sehr interessant, und ich hoffe, dass es das für die Euregios auch ist.

Ich würde dem zweiten Themenblock „Wirtschaft und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt“ und dem dritten Themenblock „Situationen der Grenzkontrollen“ jetzt jeweils 20 Minuten geben, wobei die Euregios immer ungefähr 8 bis 10 Minuten in die Themen einführen – die Fraktionen müssen sich dann ein bisschen überlegen, wie präzise sie nachfragen –, sodass wir spätestens um 12:00 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt durch sind.

Bei der restlichen Tagesordnung würden wir dann jeweils darauf verzichten, dass die Landesregierung ihren Bericht vorstellt. Wir kämen also immer direkt zu den Fragen zum Bericht. Wenn das so okay ist, gehe ich davon aus, dass wir um 12:30 Uhr fertig sind.

## **b) Wirtschaft und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt**

**Vorsitzender Stefan Engsfeld:** Wir kommen nun zum Thema „Wirtschaft und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt“. Angesprochen werden GrenzInfoPunkte und Finanzierungsfragen.

(Folie 15)

**Christoph Almering (Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO):** Wir fassen das Thema „Wirtschaft und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt“ heute tatsächlich unter dem großen Bereich „GrenzInfoPunkte“ zusammen, weil sich zum Arbeitsmarkt und zur Wirtschaft dort das meiste bündelt. Ich versuche, es in der gebotenen Zeit zu präsentieren.

(Folie 16)

Zunächst sage ich in ein, zwei kurzen Sätzen, was die GrenzInfoPunkte sind. Das muss, glaube ich, nicht groß erklärt werden. Wir versuchen natürlich nach wie vor, wie schon zu Interreg-Zeiten – früher waren wir ein Interreg-Projekt, und jetzt werden wir eben über Drittmittel finanziert –, die klassischen Hindernisse im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zu überwinden. Wir bieten eine sehr intensive und für die Bürgerinnen und Bürger kostenlose Beratung an, damit wir Beschäftigungsverhältnisse über die Grenze hinweg vereinfachen, damit wir andere Fragen, die Bürgerinnen und Bürger uns stellen, beantworten können, damit wir für sie passgenaue Lösungen anbieten. Unsere Zielgruppen sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Studierende, Rentner, Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen.

Ich fange mit ein paar Zahlen an. In unseren GrenzInfoPunkten, an denen Nordrhein-Westfalen beteiligt ist, hatten wir im vergangenen Jahr über 33.000 Kontakte mit Rat-suchenden, 289 Gruppenveranstaltungen und mit knapp 360.000 eine stark ansteigende Anzahl an Besuchern der Webseite. Das macht die Dimension unseres Beratungsumfangs deutlich.

(Folie 17)

Ich sage es an dieser Stelle schon mal, komme gleich aber auch noch darauf zu sprechen: Der Beratungsbedarf steigt weiterhin deutlich, was unter anderem auch an den thematischen Schwerpunkten und an den Herausforderungen liegt. Ich will die jetzt

nicht im Einzelnen vorlesen, sondern mache dazu nur einzelne Anmerkungen, weil wir einige Punkte tatsächlich schon besprochen haben.

Homeoffice bzw. neue Mobilität; New Work, wie man auf Neudeutsch und Neuniederländisch sagt. In den letzten fünf, sechs Jahren hat sich unfassbar viel bewegt; die Arbeitswelt sieht anders aus, und das schlägt natürlich eins zu eins auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt durch. Denken Sie an die Regelungen, über die wir vorhin schon gesprochen haben, an die Entwicklungen des Arbeitsmarktes. Natürlich kommen Bürgerinnen und Bürger aus der Grenzregion mit neuen Fragestellungen auf uns zu, die wir beantworten und zu denen wir auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen immer im Auge behalten müssen. Das Doppelbesteuerungsabkommen, das hoffentlich tatsächlich ab 2026 in Kraft treten wird, haben wir schon angesprochen. Wir sprechen über das Sozialversicherungs koordinierungsrecht usw.

Zur neuen Mobilität ist ganz wichtig, dass wir dadurch vor allem große Chancen haben, den Arbeitsmarkt zu stimulieren, und das tun wir an vielen Stellen ja auch schon. Immerhin ist die Arbeitslosenquote in unseren Regionen nach wie vor sehr gering. Dass dieses Ziel ein Stück weit schon erreicht wird, ist unter anderem eine Auswirkung dessen, dass wir den gesamten Arbeitsmarkt im Rundblick, mit einem 360-Grad-blick betrachten. Es ist aber noch eine ganze Menge Luft nach oben. Studien zeigen, dass wir tatsächlich eine Verzehnfachung der Arbeitsmobilität über die Grenze hinweg hätten, wenn es uns gelänge, unsere typischen Hindernisse – die Sozialversicherung, Homeoffice-Regelungen, arbeitsrechtliche und steuerliche Bedingungen –, auszuräumen. Eine Verzehnfachung – das wäre mit dem, was wir im klassischen inländischen Arbeitsmarkt hätten – wäre möglich, wenn diese Hindernisse nicht mehr da wären. Wir haben also noch viel Luft nach oben, auch wenn wir schon eine Menge erreicht haben.

Ich komme nur kurz zur demografischen Entwicklung. Es kommen tatsächlich verstärkt auch Rentner zu uns – das Schlagwort lautet: Boomer-Generation –, die weiterarbeiten möchten, die bereit sind, noch etwas zu tun und die bei uns in der Grenzregion sagen: Ob ich in meinem Land oder im Nachbarland arbeite, spielt erstmal keine Rolle; ich bin für alles bereit und habe noch Lust, etwas zu tun. – Die sind ein unglaubliches Potenzial; diese Zielgruppe müssen wir erreichen, und dieser Zielgruppe müssen wir Angebote machen. Die Erwerbstätigkeit im Rentenalter ist somit auch für uns in der Grenzregion ein wichtiges Thema – auch hinsichtlich der entsprechenden wirtschaftlichen Auswirkungen. Fachkräfte werden gesucht; sie werden gebraucht; sie werden tatsächlich auch über die Grenze hinweg – hier und dort – vermittelt, möglichst durch individuelle Beratung.

(Folie 18)

Aus dem, was sich die letzten Jahre ergeben hat, was der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft mit sich gebracht haben, ergibt sich bei uns ein deutlicher Mehrbedarf, wie man sich vorstellen kann. Dazu habe ich auch einige Punkte aufgeführt, die ich aber nicht alle im Einzelnen erläutern möchte. Falls Sie Detailfragen zu einzelnen unserer Leistungsangebote haben, kann Frau Adamsky direkt von vor Ort berichten.

Ein wichtiger Punkt ist der Ausbau der Beratungsdienstleistungen in Richtung der Arbeitgeber. Wir wissen, dass wir junge Talente verstärkt in unserer Region halten oder

in unsere Region holen müssen. Wir müssen diese jungen Talente verstärkt in die Unternehmen unserer Region lenken, und zwar grenzübergreifend. Die Arbeitgeber wissen oft nicht oder haben noch nicht erkannt, dass der 360-Grad-Arbeitsmarkt für sie eine Perspektive bietet, und daher versuchen wir über die Bildung von Unternehmensnetzwerken, grenzüberschreitenden Wirtschaftsnetzwerken deutlich stärker mit den Arbeitgebern in Kontakt zu treten. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir weiter fördern. Insofern ist Arbeitsmarktförderung bei uns auch Wirtschaftsförderung.

Vorhin wurde unter anderem von Herrn Dr. Bergmann die Arbeitsmigration bzw. die Ausbeutung von Arbeitsmigranten angesprochen. Da haben wir noch nicht alle Probleme gelöst. Wir haben gerade ein paar Beispiele genannt; natürlich haben wir noch Probleme. Wir freuen uns, dass wir mit den gerade angesprochenen Projekten „TRAM“ und „Euregionales Netzwerk Arbeitsmigranten“ Erfolge erzielen konnten. Es gibt aber auch noch viel zu tun.

Was machen wir also dagegen? Insbesondere versuchen wir neue Formate zu entwickeln – „aufsuchende Beratung“ ist hier das Stichwort. Wir versuchen, die betroffenen Arbeitsmigranten zu erreichen. Zum Teil erreichen wir sie auch schon und stellen dann fest, dass diese Menschen oft weder über ihre Rechte noch darüber, welche Pflichten und möglicherweise auch Perspektiven sie haben, informiert sind. Auch das ist ein neuer Arbeitsschwerpunkt der GrenzInfoPunkte, der aber natürlich auch einen Mehrbedarf auslöst, denn in dieser Dimension hatten wir das bislang noch nicht.

Die digitale Entwicklung ist auch noch ein wichtiger Punkt. Wir werden sehr häufig, zurecht gerade auch von den Finanziers, gefragt, wie es denn mit dem Einsatz von KI, mit dem Ausbau digitaler Beratungsangebote aussieht. Daran arbeiten wir sehr intensiv. Bislang haben wir das hauptsächlich aus einem Sondertopf der niederländischen Regierung bedienen können, den sogenannten SZW-Mitteln, der uns ab 2026, in der neuen Finanzierungsphase aber nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Wir wissen, dass wir daran arbeiten müssen. Es gibt auch erste Versuchsfelder – so will ich es mal nennen –, unter anderem an der dänisch-deutschen Grenze, wo das in Schleswig-Holstein gerade mit der KI intensiv ausprobiert wird. Wir in der Euregio setzen selbst zum Teil auch schon KI ein und testen, wie KI für Beratungen genutzt werden kann. Zum Teil geht das auch.

Wir müssen uns aber natürlich stets vor Augen führen, dass wir für die Ratsuchenden immer passgenaue Lösungen benötigen, denn jeder Fall ist anders, und die KI kann das nicht in jedem Fall auflösen. Es darf ja auch nicht vergessen werden, dass KI nicht irgendwo in einem Supermarkt gekauft und aus dem Regal gezogen wird. Man braucht passgenaue KI, die dann auch weiterentwickelt werden und natürlich mit jeder Verordnung Schritt halten muss. Es bedarf also einer Individualprogrammierung, die sehr kostenintensiv wäre. Man darf nicht der Illusion erliegen, dass mit KI und mit Digitalisierung plötzlich alles günstiger und einfacher wird, denn auch damit sind Kosten verbunden. Das wird auch am in der Kostenkalkulation erzeugten Mehrbedarf deutlich, den ich gleich vorstellen werden. Unter anderem das ist ein Punkt.

(Folie 19)

Wie läuft die Finanzierung aktuell, und was brauchen wir? Auf dieser Folie ist am Beispiel der EUREGIO die Kostenverteilung unter den Partnern bei den GrenzInfoPunkten aufgeführt. So war sie bis jetzt und dürfte nach unseren Vorstellungen auch gerne so weiterlaufen. In den Niederlanden ist es so, dass von nationaler Seite, vom Königreich und den Provinzen, 50 % und 25 %, insgesamt also 75 % und von den regionalen Partnern 25 % kommen. Auf deutscher Seite kommen, im Prinzip analog dazu, 75 % von den Bundesländern – in unserem Fall von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen; zum Teil sind wir ja auch in Niedersachsen ansässig – und 25 % von den regionalen Partnern. Da sind alle Euregios und alle GrenzInfoPunkte grob vergleichbar.

Durch einen Evaluierungsbericht des Beratungsbüros Aranco haben wir den Mehrbedarf identifiziert und genau beziffert. Dabei haben wir festgestellt, dass eine Menge Effekte dazu geführt haben, dass der Finanzierungsbedarf deutlich höher als der liegt, den wir 2019 kalkuliert hatten und der heute noch die Basis dessen ist, was wir an Finanzmitteln erhalten. Inzwischen sind sechs Jahre ins Land gezogen. Auf der Folie ist links der alte Finanzierungsbedarf, in der mittleren Spalte der in allen Euregios deutlich erhöhte Finanzierungsbedarf und auf der rechten Seite der Mehrbedarf, also das Delta, ausgewiesen.

Das erschreckt zunächst einmal eigentlich jeden, dem wir das präsentieren. Ich glaube aber, dass ich auf Basis der Leistungsumfänge deutlich machen konnte, dass es eben den Preiseffekt – das bezieht sich auf die Inflationsrate, die Tarifsteigerungen usw. –, den Volumeneffekt und den Dienstleistungseffekt – wir müssen mehr Leistungen anbieten und benötigen dafür natürlich auch mehr Personal – gibt. Dadurch ist dieses Delta entstanden; wir sprechen da schon von einer beträchtlichen Steigerung der Finanzbedarfe.

(Folie 20)

Wie ist der aktuelle Diskussionsstand? Die zweite Kammer, die Tweede Kamer, der Niederlande hat dieser Kalkulation inzwischen zugestimmt – das heißt: 100 % Zustimmung für den Finanzbedarf einschließlich aller Erhöhungen. Die Anträge an die regionalen Partner, an die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, werden zurzeit vorbereitet.

Aus Niedersachsen hören wir, dass man 100 % mitgehen, diese dort aber anders verteilen möchte, nämlich fifty-fifty. Das sorgt gerade für extrem heftige Diskussionen, weil die Landkreise davon schlichtweg überrascht wurden, von dieser Planung lange Zeit nichts wussten und sich dieser auch noch widersetzen. Wir sind gespannt, wie das weitergeht.

In Nordrhein-Westfalen sind wir gerade mitten in der Antragstellung. Dazu haben wir vor knapp zwei Wochen auch schon Gespräche mit der Staatskanzlei geführt und haben abgeklopft, wie die Lage momentan so ist. Der Haushalt ist natürlich extrem angespannt, und das ist uns auch durchaus bewusst – das haben wir gerade auch gehört. Trotzdem würden wir den Antrag, so wie wir ihn jetzt kalkuliert haben, gerne in der Form sehr kurzfristig einreichen. Die digitalen Entwicklungen – die habe ich eben kurz angesprochen – sind in dem Antrag natürlich enthalten, deren erhebliche Steigerung löst bei uns diesen Bedarf an Mitteln aus.

Ich hoffe, dass ich in der Kürze der Zeit halbwegs habe überbringen können, wo uns der Schuh drückt, was wir leisten und worüber wir ins Gespräch kommen müssen.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Aus meiner Perspektive haben Sie das, Herr Almering.

**Inge Blask (SPD):** Ich habe eine kurze Nachfrage zu den GrenzInfoPunkten. Die Finanzierung haben Sie gerade auch dargestellt. Im Haushalt ist das für die GrenzInfoPunkte aber noch nicht hinterlegt. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass der damalige Staatssekretär Herr Dr. Speich bei der Sitzung mit Ihnen im letzten Jahr gesagt hat, dass die Landesregierung das berücksichtigen wolle. Das haben wir aus dem letzten Jahr noch so im Ohr. Wir hoffen, dass Ihre Finanzierung klappt und Ihre wichtige Arbeit auch weiterhin gefördert werden wird.

**Christoph Almering (Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO):** Meines Wissens sind die GrenzInfoPunkte im Haushaltsentwurf unter einer Position erfasst.

(Inge Blask [SPD]: Aber nicht in der Höhe!)

Ich kenne den Wortlaut der Position, unter der die liegen, jetzt nicht genau, aber die Finanzierung müsste eigentlich vermerkt sein.

(Inge Blask [SPD]: Auch die Steigerung?)

Ich denke schon, ja.

(Inge Blask [SPD]: Ah ja, okay!)

Das kann aber möglicherweise ...

(Inge Blask [SPD]: Da kann uns die Landesregierung bestimmt helfen!)

– Ja, genau.

**StS Christian Wiermer (MBEIM):** Die allgemeine Haushaltsslage ist angesprochen worden und allen hier bekannt. Mir wurde gerade noch mal versichert, dass das, was Herr Speich hier zugesagt hat, auch eingehalten worden ist, nämlich die grundsätzliche Grundfinanzierung, über die wir jetzt reden. Ich glaube, dass wir als Land die GrenzInfoPunkte momentan mit 580.000 Euro im Jahr finanzieren und dass man das auch für die Zukunft so sehen kann. Alles Weitere müssen wir in den kommenden Wochen miteinander beraten.

**Christoph Almering (Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO):** Herr Staatssekretär Wiermer, Sie haben die 580.000 Euro angesprochen. So war das bis jetzt. Als neuen Wert haben wir – das wäre eben das, was man sich ausrechnen kann – 940.000 Euro bei 100 % der Erhöhung.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

– Nee, aber ich dachte, dass ich die Zahl vielleicht ergänzen kann.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Dann haben wir die auch gehört und nehmen das in unsere Beratungen mit. – Weitere Wortmeldungen zu dem Thema sehe ich nicht.

### c) Situation der Grenzkontrollen

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Wir kommen jetzt zur Situation der Grenzkontrollen.

(Folie 21)

**Andreas Kochs (Deutsch-niederländischer Zweckverband Euregio Rhein-Waal):**

Ich werde mich kurzhalten, auch wenn man über die Grenzkontrollen viel reden und kontrovers diskutieren kann, weil das ein gesellschaftspolitisch, aber auch politisch sehr beladenes Thema ist. Wie gewünscht komme ich auf die Situation der Grenzkontrollen in den Euregios, an der deutsch-niederländisch-belgischen Grenze zu sprechen. Diese werden dort in unterschiedlichen Formen durchgeführt.

Ich ordne das mal kurz ein. Seit September 2024 gibt es an der deutsch-niederländisch-belgischen Grenze wieder Grenzkontrollen. Diese Grenzkontrollen wurden bekannterweise auch wieder verlängert. Sie sind also nicht nur eine kurzfristige Erscheinung, sondern wirken bereits mittelfristig. Besonders ist, dass sie natürlich eine deutliche Veränderung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellen, und das nicht nur in unserer Region, sondern bundes- und europaweit. Dementsprechend strahlen sie natürlich auch aus. Für uns als Euregios ist die tägliche Verflechtung selbstverständlich, und deshalb sind die Grenzkontrollen auch ein so bedeutendes Thema.

(Folie 22)

Welche Auswirkungen gibt es aktuell? Was stellen wir in der Region fest? Es gibt mobile Kontrollen, die wir vorher auch schon kannten. In unserer Region können diese Grenzkontrollen jetzt gerade an der A3 rüber zum Autosnelweg 12 von Oberhausen in Richtung Arnheim sehr gut beobachtet werden. Wer dann wieder nach Deutschland einreist, ist immer mit Wartezeiten von bis zu einer Dreiviertelstunde konfrontiert, was natürlich auch Auswirkungen auf die Wirtschaft in der Region hat. Es wird gemeldet und auch von der Niederrheinischen IHK Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg widergespiegelt, dass die Grenzkontrollen in Teilen mit erheblichen Wartezeiten und Verlusten für die Logistikbranche verbunden sind. Das sind Dinge, die angemerkt werden müssen.

Letzten Endes ist davon aber auch der in der Grenzregion lebende Bürger betroffen. Entscheidungen werden vielfach – das betrifft auch die von niederländischen Bürgern, ob sie mal eben in Kleve einkaufen; das ist ein sehr pragmatisches Beispiel – sehr schnell überdacht. Sie überlegen sich dann zweimal, ob sie die lokale Wirtschaft auf der deutschen Seite unterstützen. Umgekehrt ist das eher weniger der Fall. Das sind aber Aspekte, die wir spüren und wahrnehmen. Andererseits kommt es gerade durch diese Engpässe, die jetzt an den Autobahnen entstehen, in den benachbarten Dörfern zu entsprechenden Verkehrsengpässen, die die Einwohner dort sehr stark beklagen.

Und das Ganze wird getan, um der illegalen Immigration entgegenzutreten. Das kann man auf der einen Seite verstehen. Die Experten sagen aber auch, dass die illegale

Immigration nicht an der deutsch-niederländisch-belgischen Grenze aufgehalten wird. Dort fällt auf, dass vielfach EU-Bürger aufgegriffen werden, für die noch ein Haftbefehl anhängig ist oder von denen Geldbußen einzutreiben sind. Das sind die Fälle, die dort vielfach auftreten. Das sind die Aspekte, die wir aktuell mitteilen können.

(Folie 23)

Wir sehen es nach wie vor so – das hat die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen im Oktober 2024 auch noch mal deutlich hervorgehoben –, dass das ein Eingriff in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in das Verständnis europäischen Handelns ist. Gerade im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Gedanken von Schengen vertreten wir als Euregios doch vehement, dass wir dazu kommen müssen, vertretbare Lösungen zu finden, die einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dienlich sind.

(Folie 24)

Wir sind dafür – das Land Nordrhein-Westfalen sollte dabei unterstützen –, das in Berlin an entsprechender Stelle noch mal auf die Agenda zu setzen und dafür einzutreten, dass die Werte „Austausch“, „Vertrauen“ und „Mobilität“, von denen die Regionen leben, durch diese Kontrollen nicht dauerhaft infrage gestellt werden. Wir appellieren auch an Sie, an die Politik, dass es diese Kontrollen, wie es sie derzeit gibt, mittel- und langfristig nicht mehr geben sollte.

(Beifall)

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Grenzkontrollen sind ein Ärgernis. Im Namen meiner Fraktion kann ich die Forderung unterstützen. Ich glaube, dass viele in den Grenzkontrollen hinsichtlich der Freizügigkeit, des freien Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehrs und den Wartezeiten, die an den Grenzen damit verbunden sind, nicht nur ein Ärgernis, sondern auch ein Beschwer dieser Grundfreiheiten sehen. Das ist das eine.

Der zweite Punkt ist, dass das aber auch funktionierende Kontrolle an den Außengrenzen der EU voraussetzt. Die gibt es im Moment nicht. Deswegen kann ich die Entscheidung, dass wir wieder innereuropäische Grenzkontrollen vornehmen, auf der anderen Seite schon verstehen. Zudem gibt es Beifang – das haben Sie eben selbst gesagt –, nämlich die gesuchten Straftäter.

Etwas anderes ist es aber, wenn jemand zum Beispiel aus Amsterdam oder Antwerpen kommt und nach Aachen will. Wird dann ein Stau angezeigt, zeigt das Navi natürlich die nächstmögliche Route ohne Stau an, sodass man unkontrolliert über einen kleinen Nebengrenzübergang fährt. Das ist immer so. Wer vermutet, dass innereuropäische Grenzkontrollen das Heilmittel sind, verkennt, dass alle Navigationsgeräte den Weg aufzeigen, auf dem es keinen Stau gibt und auf dem keine Kontrolle stattfindet. Ob die das in Berlin nicht verstanden haben, weiß ich nicht. Die sollten dann mal über die Grenze fahren und ihr Navi anstellen. Viele nutzen dann diesen Weg. Das wollte ich als Erklärung mal ergänzen, weil ich glaube, dass manche das nicht wissen. Man sollte nur das Navi nutzen, dann fährt man in keine Kontrolle rein.

(Heiterkeit)

**Andreas Keith (AfD):** Bevor ich auf die Bemerkung von Herrn Dr. Pfeil eingehe: Die Grenzkontrollen sind ein notwendiges Übel.

Bei über 2.100 Zugriffen von Beifang zu sprechen ... Ganz ehrlich, ich würde sagen, dass das kein Beifang, sondern eine erhebliche Zahl ist. Ich finde es nicht akzeptabel, dass Sie unsere Polizei und unsere Ordnungsbehörden auf derlei Art und Weise lächerlich machen. Natürlich weiß die Polizei auch, dass die Navigationssysteme den kürzesten Weg anzeigen. Gehen Sie mal davon aus – ich war in der Region neulich mit dem Fahrrad unterwegs –, dass die Polizeibehörden dementsprechend auch mit mobilen Einsatzkommandos bzw. mit mobilen Stationen unterwegs sind und diese Grenzübergänge bzw. diese Möglichkeiten, die ein modernes Navigationssystem nutzt, auch kennen. Es liegt schlicht an der Kapazität, dass nicht alle kontrolliert werden können.

Es gibt aber natürlich auch einen politischen ... Es gibt die Aussagen – ich könnte jetzt Zitate von Herrn Reul oder von Herrn Dobrindt von der CDU nennen –,

(Zuruf von Dr. Werner Pfeil [FDP])

in denen glasklar gesagt wurde, dass die weitergehen und auch zielführend sind und dass sie im europäischen Ausland natürlich auch eine abschreckende Wirkung haben.

Daher finde ich diese Lächerlichmachung, die Sie eben betrieben haben, nicht angebracht, gerade bei dem Einsatz, den die Polizeikräfte an der Grenze, und das nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch woanders, mit vielen, vielen Überstunden leisten. Ich finde das nicht in Ordnung.

Das ist ein notwendiges Übel. Ich glaube, dass die Region das in dieser Zeit jetzt halt verkraften muss, bis es zu Regelungen kommt. Ich sehe die nicht, auch nicht in absehbarer Zukunft, denn dafür fehlt in Berlin der politische Wille. Nichtsdestotrotz können die Grenzkontrollen, wenn Regelungen kommen sollten, zu dem Zeitpunkt dann sicherlich auch wieder zurückgefahren werden.

**Dr. Günther Bergmann (CDU):** Ich würde Herrn Dr. Pfeil in der Hinsicht recht geben, dass die Zahl, die er als Beifang bezeichnete, dadurch relativiert wird, dass allein an der A 3 im Stundentakt 3.000 bis 5.000 Fahrzeuge überprüft werden. Dennoch ist das wichtig.

Ich bin auch Mitglied des Beirates der Justizvollzugsanstalt Kleve. Es gibt jeden Tag Zuführungen in das Gefängnis, in die Haftanstalt, die dann dazu führen, dass am nächsten Morgen Busse in andere Haftanstalten rausfahren müssen, weil unsere ziemlich klein ist. Auch die Ersatzstrafen, die durch die Grenzkontrollen eingefahren werden, etc. pp., machen viel aus.

Das ist aber doch gar nicht der Hintergrund der Kontrollen. Ich weise auch darauf hin, dass es solche und solche Kontrollen gibt. An der A 3 sind das richtige Kontrollen. Da wird man von einer zweispurigen Autobahn auf einen Zubringer des Parkplatzes geführt. Der ganze Verkehr wird rausgenommen, abgebremst: Alle vorbeifahrenden Lkw und natürlich auch die Kfz usw. werden angeschaut, und dann wird punktuell eine

spezielle Kontrolle vorgenommen. Ich bin dort mehrfach gewesen, weiß also, wovon ich spreche. Auf der Autobahn bricht der Verkehr zusammen; da entstehen Staus.

Auf der linksrheinischen Seite über die A 57 fahrend, gibt es dieses Phänomen überhaupt nicht, weil da gar keine Kontrollen sind. In dieser Form generell von Kontrollen an den Grenzen zu sprechen, ist also falsch. Die gibt es so nicht. Wenn die Leute sich jetzt hinstellen und so tun als ob, dann sollen sie die Grenzen bitte mal abfahren. Bei mir im Kreis Kleve gibt es drei Grenzübergänge – A 40, A 57 und A 3 –, ich kann das also beurteilen.

An der A 3 und auch in den im Umkreis liegenden Gemeinden ist es dann unerquicklich, wenn man in Weltstädten wie Beek, in Achterhoek – op de Nederlandse kant van de grens – steht und da 5 km Stau mit Leuten sind, die aus Höxter, Herford, Bochum – die haben alle keine Ahnung, wo sie gerade lang fahren – vom Navi da hingeführt werden. Die kleinen Dörfer brechen zusammen; die Leute kommen nicht mal mehr aus ihrer eigenen Grundstückseinfahrt raus. Ich bin letztens mit der zuständigen Bürgermeisterin dieser Region, mit einem Europaabgeordneten und weiteren dort gewesen. Das ist im Moment alles schlecht für diese Regionen, für diese Dörfer.

Aber – das ist der entscheidende Punkt – solange GEAS, das Gemeinsame Europäische Asylsystem, nicht richtig läuft, werden wir das ertragen müssen. GEAS wurde für April angekündigt. Das Asylsystem wird sich dann Gott sei Dank bzw. hoffentlich dahin gehend ändern, dass die Kontrollen wieder zurückgenommen werden können.

Das hat auch nichts mit einem Verstoß gegen Schengen usw. zu tun, sondern auch mit Psychologie. Wir merken nämlich, dass die größten Schweine der Veranstaltung – entschuldigen Sie bitte den unparlamentarischen Ausdruck; für Schleuser, die versuchen, mit dem Leben von Menschen Geld zu verdienen, fällt mir aber nichts anderes ein; das erinnert mich fast schon an das Thema, dass wir mit Blick auf Rumänien und Bulgarien vorhin hatten – merken, dass es nicht mehr so einfach wie bis dato ist, in Deutschland reinzukommen. Das zeigt, so die Polizei vor Ort, auch Wirkung, und damit haben wir dann schon viel erreicht.

GEAS ist aber eigentlich das entscheidende System. Wenn ich richtig informiert bin, soll das am 01.04. umgesetzt sein. Am Anfang wird das natürlich runkeln und pumpeln und dann irgendwie hoffentlich bald funktionieren. Bis dahin werden wir das aber ertragen müssen. Man sollte aber nie sagen: Ceteris paribus; das ist an der ganzen Grenze so und so. – Das ist so nicht.

Zuletzt noch eine beruhigende Information: Wir, die dort wohnen, kennen immer noch Umwege, um trotzdem auf die holländische Seite zu kommen, um all die Vorzüge auf der holländischen Seite zu genießen, und da steht gar keiner. Da kann man wie immer rüber – entweder met de fiets, mit den Füßen oder mit dem Auto, und das ist auch gut so.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE):** Als überzeugter Europäer – ich denke, dass das die meisten hier im Raum sind – kann ich für mich, aber auch für meine Fraktion sagen, dass wir diese Kontrollen nicht gutheißen, mehr Nachteile als Vorteile sehen und dem, was Sie, Herr Kochs, ausgeführt haben, folgen können und das auch unterstützen.

Ich habe dazu eine Nachfrage. Sie haben von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Grenzkontrollen gesprochen, sei es nun auf den Einzelhandel, die Gastronomie, die Logistik. Können Sie auch schon mit Zahlen unterlegen, inwiefern sich die Kontrollen in den letzten neun Monaten bzw. in dem knappen Jahr, seitdem es sie gibt, ausgewirkt haben?

**Andreas Kochs (Deutsch-niederländischer Zweckverband Euregio Rhein-Waal):** Die genauen Zahlen muss ich Ihnen schuldig bleiben. Die kann ich Ihnen jetzt nicht sagen; die müssten wir nachliefern, auch in Rücksprache mit der IHK Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg.

**Dr. Günther Bergmann (CDU):** Das schließt genau an das an, was ich letzte Woche erlebt habe, denn ich habe vor Ort genau diese Frage gestellt. In den Fachmarktzentren, die auf deutscher Seite entlang der Grenze gebaut worden sind, und in Tankstellen gibt es de facto keine Einbrüche. Das sind Wege, die sowieso genommen werden; die sind von den Grenzkontrollen völlig unabhängig.

Der entscheidende Punkt ist der Highway von Amsterdam, im Grunde genommen der Highway von den Häfen ZARA nach Deutschland. Entscheidend sind der Autosnelweg 12 und die A 3 und eben nicht die A 57 und die A 40 – bei aller Bedeutung der Grenzübergänge bis nach Aachen. Das ist nun mal der Highway. Das sind im Grunde genommen ja unsere Häfen. Die Auswirkungen werden wir bei uns vor Ort gar nicht ermessen können, weil wir nur zu durchquerende Regionen sind. Die fahren bei uns durch und stehen dann vielleicht zwei Stunden länger an der Grenze. Das geht auf die Uhr; da muss der Lkw halten etc. pp. Für die kleinen Kfz ist das ein relativ dezenter Rückgang, weil die die anderen Grenzübergänge kennen. An der A 3, wo dann vielleicht der große zeitliche Einbruch kommt usw., sind nicht die aus der Region Stammen betroffen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ich sehe vonseiten der Ausschussmitglieder keine Wortmeldungen mehr. Ich würde dann in die Schlussrunde gehen und Ihnen noch mal das Wort erteilen.

Dafür würde ich Ihnen aber gerne noch Fragen mitgeben, weil ich es schlichtweg nicht weiß bzw. weil mit Ihnen ja kundige Leute hier sind. Wir haben heute sehr viel über den Pkw-Verkehr geredet. Wie sieht es eigentlich mit dem öffentlichen Nahverkehr, mit Zügen aus? Wie laufen die Kontrollen zwischen NRW, der Niederlande und Belgien? Werden Züge gestoppt? Läuft Personal, die Polizei wirklich durch den Zug, oder ist das völlig freifliegend? Falls dazu jemand was sagen kann, wäre ich dankbar.

**Michael Dejozé (EVTZ Euregio Maas-Rhein):** Sie haben die Frage gestellt, die ich sowieso beantworten wollte – gutes Timing. Kontrollen im ÖPNV finden mitunter statt – zwar nicht so auffällig und markant, wie beispielsweise auf den Autobahnen, aber es gibt auch im ÖPNV punktuelle Kontrollen. Wir sagen scherzhaft immer: Falls Sie es nicht gemerkt haben sollten, Belgien hat auch Grenzkontrollen eingeführt. Wenn Sie eine finden, dürfen Sie die behalten.

(Heiterkeit vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld)

Denn Fakt ist, Belgien macht diese Kontrollen nur in der zweiten Reihe. Das heißt, dass sich Belgien bei diesen klassischen Übergängen, bei denen die deutsche Polizei schon auf der deutschen Seite steht, nicht auch noch dazu stellt. Die machen die Kontrollen in der zweiten Reihe und in Bus und Bahn, also im ÖPNV, an Flughäfen usw. Darauf fokussiert man sich auf der Seite der Grenze. Auch die Niederlande und Deutschland kontrollieren im ÖPNV, es wird aber wie gesagt nicht jeder Bus raus gewunken, sondern die Kontrollen sind punktueller Natur.

Das Politische außen vor gelassen und rein praktisch betrachtet, ist eine gute Kommunikation zwischen den Polizeibehörden aus den drei Ländern essenziell. Warum sage ich Ihnen das? Beispielsweise an der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland weisen deutsche Polizeibehörden Menschen ab; die dürfen nicht über die Grenze einreisen. Aufgrund mangelnder Kommunikation bleiben die in Frankreich oftmals einfach an der Grenze und laufen durch die Dörfer – die haben keinen Plan, wohin sie dann sollen. Das ist ein Problem.

In unseren Grenzräumen haben wir das nicht. Dort gibt es eine enge und gute Zusammenarbeit der Polizeidienste, die genau solchen Situationen entgegenwirkt. Ich glaube, dass das ein elementares Signal aus der Praxis ist.

Eine weitere Anmerkung habe ich in Bezug auf die Reaktion des Kollegen der AfD eben. Die Polizei prüft natürlich auch andere Übergänge. Ich komme aus dem Sektor und kann durchaus bestätigen, dass da ziemlich viele ziemlich intelligente Menschen arbeiten. Natürlich wissen die, wo Kriminelle rüberfahren. Natürlich wissen die, wohin die Navigationssysteme leiten. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist vielmehr, dass die nicht mehr wissen, mit welchen Ressourcen sie das bespielen sollen. Das ist ein Fakt, den wir in der Praxis beobachten. Man sieht das Problem, dass Kriminelle, die tatsächlichen Schleuser, im Regelfall nicht mehr in die Grenzkontrolle fahren, weil sie die mittlerweile kennen. Die weichen aus, und dem ist wenig entgegenzusetzen. Das ist ein Problem, das uns oft geschildert wird.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Noch zwei letzte, schnelle Anmerkungen. Wenn man nach der Anzahl der angehaltenen Leute fragt, heißt es: Heute drei angehalten und denen die Einreise verweigert. – Super, was war es denn? – Ausweis vergessen. – Das ist vielleicht nicht die Zielgruppe.

Wir erinnern auch immer wieder gerne daran: Gehen Sie mit den Zahlen bitte vorsichtig um. Ein Niederländer, der von Vaals nach Aachen fährt, um schnell zwei Einkäufe zu tätigen, und dabei in die Grenzkontrolle fährt, kann auch seinen Ausweis vergessen und angehalten werden. Das ist für die Kriminalität nicht relevant, taucht aber in der Statistik auf.

Nach Corona gibt es jetzt zum zweiten Mal Grenzkontrollen. Das ist der psychologische Aspekt an der Sache, den ich zum Abschluss noch mitgeben möchte. Wir haben mit Corona eine riesige Krise, eine weltweite Krise erlebt, und die Grenzen wurden als Allheilmittel betrachtet. Das schlägt in einem Grenzraum aufs Gemüt; im Grenzraum war das keine Bagatelle. Jetzt erleben wir eine weitere große angelegte Krise, um es

mal so zu nennen – entschuldigen Sie bitte das Wording –, und wieder hat man im Grenzraum das Gefühl, dass die Grenze das Allheilmittel ist. Ich würde lügen, würde ich sagen, dass das nicht den Geist der Sache trifft.

Wir leben in einem Grenzraum in einem 360-Grad-Radius. Es ist für mich völlig normal, in Belgien zu leben und für irgendwelche Eingriffe, die wir in Belgien nicht haben können, ins Aachener Klinikum zu fahren. Seit einigen Jahren hat man nur das Gefühl, dass es, sobald es eine Krise gibt, auf die Grenze schlägt, und das fällt den Menschen im Grenzraum auch auf. Ich verstehe die Ansätze und möchte mich nicht am politischen Diskurs beteiligen. Dass die Grenze zum Heilmittel für sämtliche Probleme deklariert wird, ist auch im Grenzraum selbst ein Problem.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Das ist ein guter Punkt, wie ich finde – ist angekommen. Gibt es vonseiten der Euregios noch Ergänzungen? – Das sehe ich nicht. Mir liegen auch vonseiten der Ausschussmitglieder keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schaue auf die Uhr: Es ist tatsächlich 12:00 Uhr.

Herzlichen Dank an die Gäste für den intensiven zweistündigen Austausch.

(Beifall)

Der war befruchtend.

Wir machen gleich mit der Tagesordnung weiter, und Sie sind herzlich eingeladen, an unserer weiteren Ausschusssitzung teilzunehmen. Wir haben aber jedes Verständnis der Welt dafür, falls Sie uns jetzt verlassen, denn es gibt ja noch eine Menge zu tun. Falls Sie uns jetzt verlassen: gute Heimreise! Wir sehen uns hoffentlich im nächsten Jahr zu unserem Austausch wieder.

(Christoph Almering [Deutsch-niederländischer Zweckverband EUREGIO]:  
Vielen Dank!)

**2 Laufzeitverlängerung von Tihange 3 und Doel 4 um weitere zehn Jahre: Radiologischen Notfallschutz auf den neusten Stand bringen!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/14021

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Europa und Internationales, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 04.06.2025)*

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld vorgeschlagene Verfahren, die vom federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales geplante schriftliche Anhörung abzuwarten und den Tagesordnungspunkt danach, voraussichtlich in der Sitzung am 10. Oktober 2025, erneut aufzurufen.

### 3 **EU-Haushaltsentwurf nach 2027** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/4216

In der Anhörung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Bundestages zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 am 10. September 2025 sei der Vorschlag der Europäischen Kommission, die Vergabe der Fördermittel der Europäischen Union künftig auf nationaler Ebene zu zentralisieren, bei den Sachverständigen ihres Wissens auf Zustimmung gestoßen, führt **Inge Blask (SPD)** aus. Da andere Länder nicht wie Deutschland über eine föderale Struktur verfügten, gelte diese Neuregelung als wahrscheinlich. Sie erachte diese nicht als ideale Lösung, sondern als Kompromiss.

Die Sachverständigen hätten die Effizienz der Vergabe der Fördermittel in den Regionen infrage gestellt. Sie erkundige sich, wie effizient die Fördermittelvergabe in Nordrhein-Westfalen verlaufe, welchen Kriterien und Fördervorgaben die Vergabe seitens der Landesregierung unterliege und wie sich diese bei der Bundesregierung für eine Stärkung der regionalen Mittel einsetze.

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2028–2034 beschäftige die Landesregierung seit dem vergangenen Jahr, berichtet **StS Christian Wiermer (MBEIM)**. In Gesprächen auf verschiedenen Ebenen, beispielsweise mit den Kommissaren Raffaele Fitto und Piotr Serafin, habe unter anderem Minister Nathanael Liminski (MBEIM) betont, dass eine Zentralisierung der Fördermittelvergabe auf nationaler Ebene nicht im Sinne der Bundesländer und somit Nordrhein-Westfalens sei. Auch die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sei adressiert worden. Die Landesregierung verstehe aber die Notwendigkeit einer Modifizierung des Mehrjährigen Finanzrahmens anstelle einer bloßen Fortschreibung der derzeitigen Regelungen.

Die Landesregierung werde ihre Haltungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 in den noch zwei Jahre andauernden Verhandlungen auch weiterhin sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, beispielsweise auf den Fachministerkonferenzen und den Ministerpräsidentenkonferenzen vertreten. Im Bundesrat sei dazu zeitnah eine Initiative Nordrhein-Westfalens geplant. Die Landesregierung werde den Ausschuss auch weiterhin über den Sachstand informieren.

Von der Sachverständigenanhörung im Bundestag habe die Landesregierung einen differenzierteren Eindruck gewonnen. Seines Wissens hätten die Sachverständigen zwar das Ansinnen, eine Vereinfachung und Flexibilisierung des Mehrjährigen Finanzrahmens herbeizuführen, für gut befunden, hätten aber auch – wie die Bundesregierung – an einer Zentralisierung der Fördermittelvergabe Kritik geübt.

#### 4 **Unterstützung Nordrhein-Westfalens bei europäischen Waldbrandbekämpfungseinsätzen** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/4202  
Vorlage 18/4196 (nachrichtlich)

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** dankt den Feuerwehrmännern und -frauen, die im Sommer spanische Einsatzkräfte unterstützt hätten.

Laut eines Artikels in DIE ZEIT aus der vergangenen Woche sei im Jahr 2025 in Europa bislang eine Fläche von 1.000.000 ha und in Deutschland eine zehnmal so große Fläche wie sonst verbrannt. Aufgrund der dortigen Vegetation bestehe beispielsweise in Brandenburg eine besonders große Gefahr für Waldbrände.

Aufgrund dieses seit einigen Jahren verstärkten Auftretens von Wald- und Vegetationsbränden müsse Nordrhein-Westfalen mehr zur europäischen Hilfe und Solidarität beitragen. Auch im Hinblick auf Europaskepsis an könne somit gezeigt werden, was auf europäischer Ebene alles geleistet werden könne.

Zudem müsse auf Bundes- und europäischer Ebene evaluiert werden, ob die derzeitigen Katastrophenschutzmaßnahmen der Europäischen Union hinsichtlich der Wald- und Vegetationsbrände ausreichen. Würde das Katastrophenschutzverfahren der Europäischen Union, der Union Civil Protection Mechanism – im Rahmen dessen bäten Mitgliedsstaaten im Katastrophenfall um Unterstützung, die dann von anderen geleistet werden könne –, würde unter Umständen nicht so viel Fläche wie in den vergangenen Jahren verbrennen. Er bitte die Landesregierung darum, bei Gelegenheit zu berichten, wie die Europäische Union und die Bundesregierung dies einschätzten.

In Niedersachsen gebe es für Wald- und Vegetationsbrände im Vergleich zu den anderen Bundesländern nun übrigens Löschflugzeuge.

Angesichts der Bilder aus Spanien von Menschen, die den Einsatzkräften aus Deutschland gedankt und zugejubelt hätten, habe er seine Meinung zum Einsatz von Feuerwehrmännern und -frauen im europäischen Ausland geändert, gesteht **Andreas Keith (AfD)** zu: Trotz des logistischen Aufwands halte er dies für zielführend. Sowohl Nordrhein-Westfalen als auch der Bund sollten mehr investieren, um den europäischen Nachbarn in solchen Krisenfällen Unterstützung leisten zu können. Er sei in der Hinsicht ein überzeugterer Europäer als so manch anderer, der das gerne von sich behaupte.

Bei aller Begeisterung für solche Einsätze relativiere er einige Aussagen aus dem vorherigen Redebeitrag. 1.000.000 ha verbrannter Vegetationsfläche in Europa müssten zu der gesamten Waldfläche von ca. 1.100.000.000 ha in Relation gesetzt werden. Außerdem habe die Waldbrandgefahr in Südeuropa schon immer bestanden, beispielsweise vor 30 Jahren in Kroatien. Damals seien die technischen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Brände allerdings noch nicht so gut gewesen wie heutzutage. In diesem Sommer habe es in Deutschland, in Nordeuropa entgegen den Ankündigungen wenige

Waldbrände gegeben. Aufgrund der Hitze- und Windbedingungen sei es zu diesen vordergründig in Südeuropa gekommen.

Beim europäischen Katastrophenschutz komme es auf gute Organisation, beispielsweise im Rahmen europaweiter Einsatzzentralen, an. Dafür seien Weichen gestellt worden. Im mittlerweile abgeschlossenen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss II „Hochwasserkatastrophe“ sei dies ebenfalls Thema gewesen.

Da über 90 % der Feuerwehrmänner und -frauen ehrenamtlich tätig seien, rege er eine Stärkung des Ehrenamtes an.

Auch in Deutschland beständen große Probleme mit Trockenheit, betont **Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)**. So trocken wie es in diesem Sommer in vielen Regionen gewesen sei, hätte die Anzahl der Waldbrände auch höher ausfallen können.

Dem Abgeordneten Dr. Werner Pfeil (FDP) entgegne er, dass in Nordrhein-Westfalen seit Jahren viel für die Unterstützung und Hilfe bei Waldbränden und akuten Situationen getan werde. Es gebe das Konzept „Waldbrandvorbeugung und Waldbrandbekämpfung in Nordrhein-Westfalen“, und es seien Investitionen in verschiedenste Module getätigt worden. In dem vorangegangenen Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Euregios sei die Verbesserung von Kooperationen für zukünftige gemeinsame Einsätze Thema gewesen. Die Zusammenarbeit der Feuerwehrrkräfte aus Bonn und Spanien in diesem Sommer zeige, dass Kooperationen funktionierten.

Der überwiegende Anteil der Brände in Europa werde durch unsachgemäßes Verhalten von Menschen verursacht, die zum Beispiel ihr Auto auf dürrerem Gras abstellten oder Zigarettenkippen einfach wegschnippten. Neben Kooperation, Zusammenarbeit und Technik sei daher der Ausbau der Informations- und Aufklärungsarbeit auf nordrhein-westfälischer – die Landesregierung arbeite bereits daran – und auf europäischer Ebene entscheidend.

Da Informations- und Aufklärungsarbeit aber nicht alle Menschen erreichen können und es auch weiterhin zu Erwärmung kommen werde, bedürfe es zusätzlicher Zusammenarbeit und weiterer Investitionen, um Brände zu bekämpfen. Die Bundes- und auch die Landesregierung seien dahin gehend auf dem richtigen Weg.

Auch **StS Christian Wiermer (MBEIM)** dankt den Einsatzkräften, die im Sommer in Südeuropa im Einsatz gewesen seien und dort laut den Rückmeldungen aus den betroffenen Ländern großartige Arbeit geleistet hätten. Die Wald- und Vegetationsbrände dieses Sommers hätten die Bedeutung europäischer Solidarität verdeutlicht.

Nordrhein-Westfalen agiere vorbildlich und habe im Rahmen des European Civil Protection Pools zum Beispiel das deutschlandweit erste zertifizierte Modul zur Vegetationsbrandbekämpfung mit Fahrzeugen – das Modul „Ground Forest Fire Fighting using vehicles“ – aufgestellt. Die Einsatzkräfte dafür bilde das Land selbst aus.

Da neben Nordrhein-Westfalen auch die anderen Bundesländer in der Verantwortung ständen, werde die Landesregierung diese in zukünftigen Berichten beachten. Größtenteils kämen diese ihrer Verantwortung nach.

**5 Delegated Act der EU zum Grünen Wasserstoff** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 5]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/4184

– keine Wortbeiträge

*(Wird heute nicht behandelt; siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)*

- 6 Projektbezogene Aufschlüsselung der Landesförderung für den Bereich „Europa und Internationales“** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 6])*

## 7 Verschiedenes

### a) **Sitzungsplanung für das Jahr 2026** (*Tischvorlage [siehe Anlage 7]*)

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die in der Tischvorlage genannten Sitzungstermine für das Jahr 2026 (siehe Anlage 7).

### b) **Anhörung zu Drucksache 18/14011 am 30. Oktober 2025 um 13:30 Uhr**

Zu dem Antrag „Digitale Souveränität sichern – das Internet befreien, Medienvielfalt schützen!“, Drucksache 18/14011, werde am 30. Oktober 2025 um 13:30 Uhr eine gemeinsame Anhörung des federführenden Ausschusses für Kultur und Medien sowie des Ausschusses für Europa und Internationales stattfinden, informiert **Vorsitzender Stefan Engstfeld**.

gez. Stefan Engstfeld  
Vorsitzender

## 7 Anlagen

23.10.2025/30.10.2025

**Fachgespräch mit Euregio**  
im Ausschuss für Europa und Internationales

**Themen:**

Grenzüberschreitende Kooperationen

Wirtschaft und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt

Situation der Grenzkontrollen

am Freitag, dem 12. September 2025  
10.00 Uhr, Raum E3 D01

**Tableau**

---

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>
Euregio Rhein-Maas-Nord	<b>Maike Hajjoubi</b> <i>(Geschäftsführerin)</i> <b>Michiel Savelsbergh</b>
Euregio (Gronau/Enschede)	<b>Christoph Almering</b> <i>(Geschäftsführer)</i> <b>Soja Adamski</b>
Euregio Rhein-Waal	<b>Andreas Kochs</b> <i>(Geschäftsführer)</i> <b>Heidi de Ruiter</b>
Euregio Maas-Rhein	<b>Michael Dejozé</b> <i>(Geschäftsführer)</i>



Die Euregios im Landtag – 12.09.2025: Ausschuss für Europa und Internationales



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



# Grenzüberschreitende Kooperationen

(bestehende Kooperationen, Erfolgsbeispiele,  
Herausforderungen sowie künftige Kooperationsfelder –  
u.a. im Bereich Katastrophenschutz)



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



# Arbeitsmigranten

Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitsmigranten in  
Grenzregionen

Laufende und beendete Projekte, Herausforderungen und  
Ziele für die Zukunft

## Überblick Arbeitsmigranten

2 laufende Projekte in der EUREGIO und der Euregio Rhein Waal

1 neues Projekt in Vorbereitung in der euregio rhein-maas-nord (Limburg, Kreis Kleve, Kreis Viersen)

Teil der Regierungskonsultationen NL – NRW

Konferenz zur Stärkung der Zusammenarbeit von Beratungsstrukturen in der Grenzregion - 22.September MAGS & SZW

Kontrolle Juni 2025 in Kleve

Durch Kontrollen -> Steuereinnahmen (2 Mill. NL / 1 Mill. NRW)

Auch uitzendbureaus lernen dazu (Verschleierungstaktiken)



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



# Arbeitsmigranten in der Grenzregion

## Euregionales Netzwerk Arbeitsmigranten

- **Ziel:** die Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitsmigranten in einem grenzübergreifenden Rahmen zu stärken – Zielgruppe Behörden
- **Bereits erzielte Ergebnisse:**
- Kooperationen aufgebaut
- Austausch von Erkenntnissen, Vereinbarungen & Maßnahmen
- Wohnraumkontrollen
- Fortführung des Netzwerks nach Förderende durch EUREGIO, Kreis Borken, Stadt Enschede, Gemeinde Oost Gelre.

## TRAM

- **Ziel:** Aufbau grenzüberschreitender Austauschstrukturen für die soziale Beratung – Zielgruppe Arbeitsmigranten
- **Bereits erzielte Ergebnisse:**
- Es haben 6 Field Labs stattgefunden und es hat erste Kontaktaufnahmen mit den Arbeitsmigranten gegeben (Social Media, Flyer, Offenes Café in Emmerich).
- Außerdem hat die erste von drei Law Clinics zum Thema Soziale Beratung stattgefunden. Die 2. Law Clinic findet am 16. Oktober statt.

# Kontrolle ist gut, Zusammenarbeit ist besser

Eine grenzübergreifende Schutzstrategie

## Zielgruppe:

EU Zugewanderte, die von Arbeitsausbeutung / Zwangsarbeit betroffen sind  
(vorwiegend aus Osteuropa)

**Wo?** Euregio rhein-maas-nord: Limburg (Venlo, Roermond), Kreis Kleve, Kreis Viersen (?)

## Ziele:

- Ein vollständiges grenzüberschreitendes Lagebild erstellen
- Notfallversorgung und Begleitung zum Neuanfang (bei Wohnungsverlust)
- Sicherheit und Bekämpfung von ausbeuterischen Arbeitsvermittlern

## Euregionale Bildung

- Aufbau von Kompetenzzentren an NRW-NL Grenze
- Jährliche Bildungskonferenz, inzwischen gutes Netzwerk
- Ausbau durchlaufender euregionaler Bildungskette
- Mehrere Interreg-Projekte laufen  
(Euregio Mobility; EDL; Connected)
- Ausbau Euregioschulen / Euregioprofilschulen /  
Schulnetzwerk → Euregio-Profilschultag am 18.11.
- Diplomanerkennungen
- Zukunft Euregionaler Bildung auf der Grenzlandagenda



# Katastrophenschutz (laufende Maßnahmen, Planungen, Ziele)



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



## Grenzübergreifende Einsätze von Rettungsdiensten



- Brandschutz
- Technische Hilfeleistung
- CBRN



- Krisenmanagement
- Katastrophenschutz
- Großschadenslagen
- Tägliche Hilfeleistung



- Informationsaustausch



- Akute medizinische Hilfeleistung
- Krankenhausversorgung
- Infektionskrankheitenbekämpfung

## Grenzübergreifende Einsätze von Rettungsdiensten

### Basisprinzipien:

- Einfach strukturierte Kooperationskonzepte;
- Möglichst so arbeiten wie in der täglichen Praxis auch: keine Mischung von Teams sondern arbeiten in Einsatzabschnitten und Aufgaben;
- Sprachunterschiede dürfen die Versorgung der Opfer nicht behindern;
- Keine Lieferverpflichtung, sondern eine Bemühungsverpflichtung



# Grenzübergreifende Einsätze von Rettungsdiensten



Rückmeldung



Webanwendung

Hilfsfrage



Alarmierung



- Offene Hilfsfrage
- Eumed direct
- Eumed in time
- Eumed over time
- Eumed special ops

# Grenzübergreifende Einsätze von Rettungsdiensten

- **Wichtigste Herausforderung: Haftungsfrage** (privatrechtlich und strafrechtlich): NL > D: Körperverletzung, D > NL unterlassene Hilfeleistung
- **Bisher entlang der NRW-NL Grenze nur lokale Lösungen.** Seit 2015 plädieren die Euregios für eine Lösung für die gesamte NRW-NL Grenze
- **Lösungsvorschlag:** Wünschenswert wäre es, wenn jeder Träger inkl. des eingesetzten Personals im Nachbarland so agieren und (beschränkt) haften würde, wie er dies bei Einsätzen im eigenen Land tut. Von darüber hinausgehenden Haftungen sollte er freigestellt sein.



# Grenzübergreifende Einsätze von Rettungsdiensten

Warum benötigen wir dauerhafte Kooperationsformate? (Bsp EMR)



7 Leitstellen



57 Feuerwehren



3 Universitätskrankenhäuser



± 40 Rettungsdienste



7 Gesundheitsämter



± 50.000 Einsatzkräfte



~ 800 - 1000 grenzüberschreitende Einsätze pro Jahr





- Förderung und Sicherung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit bei Krisenmanagement und Katastrophenschutz
- Netzwerktreffen, Arbeitsgruppen, Übungen, Einsätze, uvm.
- Partner: die gesetzlich verantwortlichen Organisationen und Unterstützer



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



# Wirtschaft und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



## Dienstleistungen GrenzInfoPunkte (D-NL-BE) 2025:

- 33.376 Kontakte mit Ratsuchenden
- 289 Gruppenveranstaltungen
- Website grenzinfo.eu: 359.711 Besucher

Für: BürgerInnen,  
UnternehmerInnen  
in ihrer Rolle als  
ArbeitgeberInnen,  
Institutionen,  
staatliche Stellen

GRENZINFO.

**GrenzInfoPunkte**  
Information und  
Aufklärung

ARBEITEN | LERNEN | WOHNEN

In: Aachen-Eurode, Gronau,  
Kleve, Mönchengladbach

## Aktuelle Themen-Schwerpunkte-Herausforderungen:

- Homeoffice/Neue Mobilität (Kompatibilität Sozialversicherung/Steuern, neue Regelungen binational (DBA) und auf EU-Niveau (Sozialversicherungs koordinierungsrecht))
- Freistellung und Leistung bei Elternschaft: Umsetzung der Vereinbarkeitsrichtlinie, fehlende Kompatibilität der nationalen Regelungen
- Demografische Entwicklung: Erwerbstätigkeit im Rentenalter, medizinische Versorgung, Fachkräftemangel



## Mehrbedarf ist erforderlich, für

- den Ausbau der Beratungsdienstleistungen in Richtung Arbeitgeber, Verstärkung der Unternehmensnetzwerke, Förderung der ökonomischen Entwicklung
- Abdeckung der Nachfrage im neuen Schwerpunktthema grenzüberschreitende Pflege / Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen, Förderung der Vernetzung zuständiger Stellen
- Entwicklung zielgruppenorientierter neuer Formate: Aufsuchende Beratung (z.B. Arbeitsmigranten, Studenten)
- Ausbau der Zusammenarbeit der GIP (z.B. digitale Entwicklung)

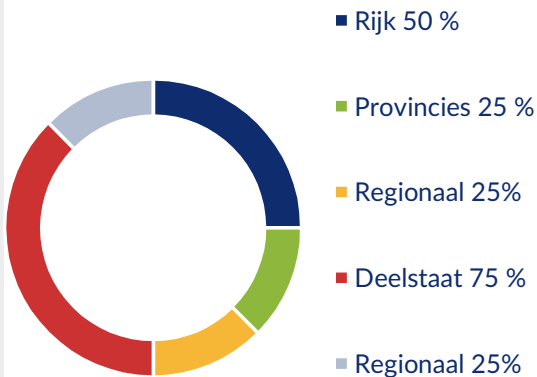


Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



## Finanzierung der GrenzInfoPunkte

- Kostenverteilung** unter den Partnern bei den GIP individuell verschieden
- Beispiel GIP EUREGIO:**
  - Mehrbedarf** ist erforderlich u.a., weil
    - Preiseffekt, Volumeneffekt und Dienstleistungseffekt** Anpassung bei gewünschter Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots erfordern (**Evaluationsbericht, Büro Aranco**)
    - Überregionale Aufgaben** (z.B. Website, Schulungen) nicht mehr gesondert durch die Niederlande finanziert werden und nun auf alle Finanziers verteilt werden müssen



GIP	Bedarf (€/Jahr) – alt-	Bedarf (€/Jahr) – neu-	Mehrbedarf (€/Jahr)
Aachen-Eurode	499.000	810.665	311.665
Rhein-Maas-Nord	257.700	431.854	174.154
Rhein-Waal	422.572	731.944	309.972
<b>EUREGIO</b>	<b>551.000</b>	<b>799.982</b>	<b>248.982</b>



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



## Finanzierung der GIP: Sachstand und Perspektive

- Die Niederlande haben der Erhöhung der Mittel in der beantragten Höhe bereits zugestimmt.
- Die Anträge an die regionalen Partner und an die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen werden zurzeit gestellt bzw. vorbereitet.
- Ohne die Finanzierung von deutscher Seite müssen Dienstleistungen entfallen und Entwicklungen ausbleiben.
- Herausforderungen (demografische Entwicklung, Fachkräftemangel, ökonomische Effekte wie bspw. steigende Arbeitslosigkeit), können nicht optimal aufgegriffen werden.
- Digitale Entwicklungen können nicht vorangetrieben werden.

**GRENS INFO**  
EUREGIO

**Gemeinsam  
Fahrt aufnehmen**

**Samen  
optrekken**



# Situation der Grenzkontrollen

## Überblick

Die deutsch-niederländische Grenze ist seit September 2024 von Grenzkontrollen betroffen, die eine bedeutende Veränderung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellen.

## Wichtige Entwicklungen

- Einführung vorübergehender Binnengrenzkontrollen durch Deutschland ab September 2024
- Niederländische Grenzkontrollen ab Dezember 2024
- Verlängerung der deutschen Maßnahmen bis September 2025
- Kritische Position der Euregios
- AGEK-Resolution (Trysil (NO) Oktober 2024) „Über den Einsatz von Grenzkontrollen als letztes Mittel innerhalb der EU“.
- Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

# Situation der Grenzkontrollen

## Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

- Grenzkontrollen markieren einen bedeutsamen Einschnitt in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.
- Beteiligte Regierungen führen Sicherheitsaspekte und die Kontrolle irregulärer Migration als Begründung an
- Euregios erachten diese Maßnahmen als problematisch für die europäische Integration und stehen dem Selbstverständnis von Grenzregionen entgegen
- Signale Bevölkerung – kein Verständnis:
  - EU Genehmigung: illegale Immigration – Presse: selten illegale Migration, meistens EU-Einwohner: offene Gefängnisstrafen oder Bußgelder
- Auswirkungen auf die Wirtschaft – hier insbesondere Logistik/Einzelhandel
  - Die Selbstverständlichkeit mit der Bewohner im Grenzgebiet normalerweise über die Grenze fahren nimmt ab.
  - In grenznahen Ortschaften entstehen spürbare Verkehrsengpässe

# Situation der Grenzkontrollen

## Kernforderungen der Euregios/AGEG

### 1. Temporäre Maßnahmen unter strengen Auflagen

- Die AGEG betont, dass Grenzkontrollen nur unter strengen Auflagen und als temporäre Maßnahme eingesetzt werden sollten
- Ziel: Schutz der Grundfreiheiten und des Schengen-Systems

### 2. Alternative Lösungen prüfen

- Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, alternative Lösungen zu prüfen
- Förderung des Dialogs zwischen den Grenzregionen

### 3. Balance zwischen Sicherheit und Freiheit

- Die Resolution der AGEG spiegelt das Engagement der AGEG wider, eine Balance zwischen Sicherheit und der Freiheit der Bürger zu gewährleisten
- Stärkung der Zusammenarbeit in Europa

# Situation der Grenzkontrollen

## Ausblick - Zukünftige Entwicklungen

### Politische Dimension:

- Weitere Entwicklung abhängig von politischen Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene
- Mögliche Auswirkungen auf andere EU-Binnengrenzen
- Diskussion über langfristige Reformierung der europäischen Migrationspolitik

### Rolle der Euregios:

- Kontinuierlicher Einsatz: Euregios werden weiterhin aktiv für offene Grenzen eintreten
- Lobbying-Aktivitäten: Verstärkte Bemühungen auf europäischer Ebene
- Monitoring: Beobachtung der Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

### Langfristige Perspektiven:

- Notwendigkeit einer ausgewogenen Lösung zwischen Sicherheitsbedürfnissen und europäischen Grundfreiheiten
- Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die europäische Integration
- Herausforderungen und Chancen für die Zukunft der Grenzregionen



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



Vielen Dank für ihr Interesse!

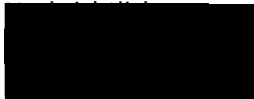


Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



**SPD** NRW  
Die Fraktion

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
Stefan Engstfeld, MdL**INGE BLASK, MDL**  
Sprecherin für Europa und  
InternationalesPlatz des Landtags 1  
40221 DüsseldorfT 0211.884-2510  
Inge.Blask@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de- per E-Mail –  


29.08.2025

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses  
für Europa und Internationales am 12. September 2025**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW bitte ich für die Sitzung  
des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. September 2025  
um einen schriftlichen und mündlichen Bericht der Landesregierung  
zum Thema:

**EU-Haushaltsentwurf nach 2027**

Der Entwurf der EU-Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen  
2028 bis 2034 muss grundlegend überarbeitet werden

Mit dem am 16. Juli 2025 von der EU-Kommission vorgelegten Entwurf für den  
Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wird das Mitbestimmungsrecht der  
Regionen deutlich eingeschränkt. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission  
soll die Verteilung von EU-Fördermitteln künftig von der nationalen Ebene aus  
erfolgen. Damit würden die Mitspracherechte der Bundesländer erheblich  
beschnitten. Die Mittel sollen über sogenannte Nationale und Regionale  
Reformpläne vergeben werden, in denen die EU-Kommission mit den  
Mitgliedstaaten konkrete Ziele, Reformen und Investitionen vereinbart. Dies  
steht im klaren Widerspruch zu den Beschlüssen der  
Ministerpräsidentenkonferenz vom 18. Juni 2025 sowie zum Koalitionsvertrag

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



der schwarz-roten Bundesregierung, in denen eine Zentralisierung der Kohäsionsmittel ausdrücklich abgelehnt wurde.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen Bericht zu den bisherigen Aktivitäten und zur weiteren Beteiligung am Prozess, insbesondere zu folgenden Fragen:

1. Wie bewertet die Landesregierung den vorgelegten EU-Haushaltsentwurf – sowohl mit Blick auf die vorgesehene Zentralisierung der Fördermittelvergabe als auch auf die neue Strukturierung von bisher sieben Förderrubriken (Binnenmarkt, Innovation und Digitales; Kohäsion, Resilienz und Werte; Natürliche Ressourcen und Umwelt; Migration und Grenzschutz; Sicherheit und Verteidigung; Nachbarschaft und globale Partnerschaften; Europäische Öffentliche Verwaltung) in künftig vier Fördergruppen (Europe's Social Model and Quality of Life; Competitiveness, Prosperity and Security; Global Europe; Administration)?
2. Welche Maßnahmen und Gespräche hat die Landesregierung seit Annahme des fraktionsübergreifenden Entschließungsantrags (Drucksache 18/13203) unternommen, um einer Zentralisierung der EU-Fördermittel entgegenzuwirken?
3. Welche weiteren Schritte hat die Landesregierung seit Vorlage des Haushaltsentwurfs auf europäischer Ebene eingeleitet, um die Interessen Nordrhein-Westfalens einzubringen?
4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung künftig, um die föderale Beteiligung an der Mittelvergabe im Rahmen des MFR 2028–2034 zu sichern?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen des vorliegenden Entwurfs auf EU-Fördermittel für Industrieprojekte – sowohl für größere als auch für kleine und mittlere Unternehmen in NRW?
6. Welche Folgen hätte eine Verabschiedung des aktuellen Entwurfs nach Einschätzung der Landesregierung auf die Fördermittelvergabe in NRW im Allgemeinen und für die förderwürdigen Sektoren (wie Wirtschaft, Industrie, Soziales, den Struktur- und Klimawandel sowie die Landwirtschaft) im Speziellen?



7. Welche Folgen sieht die Landesregierung insbesondere für strukturschwächere und ländliche Räume in Nordrhein-Westfalen?

8. Wie bewertet die Landesregierung die bürokratischen Auswirkungen des EU-Haushaltsentwurfs – insbesondere für die EU-Kommission, die Bundesregierung, die Landesministerien in Nordrhein-Westfalen, die Kommunen, Unternehmen, soziale Träger und andere bisherige Fördermittel-Empfänger?

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion **FDP**  
Nordrhein-Westfalen

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Dr. Werner Pfeil**

Mitglied des Landtags NRW  
Vorsitzender des  
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher für Europa und  
Internationales  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„OVG-Besetzung“

01.09.2025

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des  
Ausschusses für Europa und Internationales am 12. September 2025**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12.  
September 2025 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines  
schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

**Unterstützung Nordrhein-Westfalens bei  
europäischen Waldbrandbekämpfungseinsätzen**

Jedes Jahr kommt es in der EU zu mehr als tausend großen Waldbränden, durch die im Schnitt über 350.000 Hektar Wald zerstört werden. Laut dem Europäischen Waldbrandinformationssystem (EFFIS) wurden seit Jahresbeginn 409.220 Hektar Waldfläche verbrannt, 1.599 Brände registriert und 13,47 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> freigesetzt (Stand: 12. August 2025). Diese Werte liegen deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 218.416,7 Hektar für diese Jahreszeit (2006–2024) und über dem Vorjahreswert.<sup>1</sup>

Die EU bereitet sich angesichts der steigenden Waldbrandgefahr mit länderübergreifenden Einsatzteams vor. Im Juli und August 2025 sind rund 650 Feuerwehrleute aus 14 europäischen Ländern an Hochrisikostandorten stationiert. Über das EU-Katastrophenschutzverfahren stehen zudem

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4410  
werner.pfeil@landtag.nrw.de  
[www.werner-pfeil.com](http://www.werner-pfeil.com)



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdplf\_nrw



FDPfraktionNRW

<sup>1</sup> [https://joint-research-centre.ec.europa.eu/projects-and-activities/natural-and-man-made-hazards/fires/current-wildfire-situation-europe\\_en?prefLang=de&et-rans=de](https://joint-research-centre.ec.europa.eu/projects-and-activities/natural-and-man-made-hazards/fires/current-wildfire-situation-europe_en?prefLang=de&et-rans=de).

22 Löschflugzeuge und vier Hubschrauber in zehn Mitgliedstaaten bereit. Ein 24/7-EU-Koordinierungszentrum stellt zudem ein spezialisiertes Team für Waldbrand-Notfälle.<sup>2</sup>

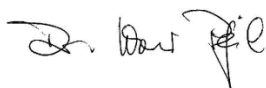
Während in Spanien großflächige Vegetations- und Waldbrände ganze Landstriche bedrohten, sind Mitte August auch deutsche Feuerwehrleute aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zur Unterstützung eingetroffen. Insgesamt 67 Einsatzkräfte mit 23 Fahrzeugen waren in Spanien im Einsatz<sup>3</sup>, die nun wieder aus Spanien zurückgekehrt sind.<sup>4</sup>

— Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Einsatz von nordrhein-westfälischen Einsatzkräften in Spanien, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

In welchem Umfang ist Nordrhein-Westfalen derzeit personell, materiell und logistisch in der Lage, kurzfristig Unterstützung über das EU-Katastrophenschutzverfahren für die Bekämpfung der Waldbrände in betroffenen EU-Staaten zu leisten?

— Wie plant die Landesregierung, die Einsatzbereitschaft und Kapazitäten Nordrhein-Westfalens für künftige internationale Waldbrandeinsätze auszubauen, um sowohl europäischen Partnerstaaten helfen zu können als auch bei eigener Betroffenheit auf gegenseitige Unterstützung zurückgreifen zu können?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Pfeil

---

<sup>2</sup> [https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-organises-firefighting-teams-and-fleet-aircraft-support-wildfire-hit-countries-2025-05-26\\_en?utm\\_source=chatgpt.com](https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-organises-firefighting-teams-and-fleet-aircraft-support-wildfire-hit-countries-2025-05-26_en?utm_source=chatgpt.com).

<sup>3</sup> Tagesschau (Stand: 29.08.2025): Deutsche Feuerwehrleute in Spanien eingetroffen, <https://www.tagesschau.de/ausland/spanien-braende-102.html>;

<sup>4</sup> WDR (Stand 29.08.2025): Feuerwehrleute aus Düsseldorf und Ratingen kommen aus Spanien zurück, <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/feuerwehrleute-zurueck-aus-spanien-100.html>.

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion **FDP**  
Nordrhein-WestfalenFDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Dr. Werner Pfeil**Mitglied des Landtags NRW  
Vorsitzender des  
RechtsausschussesSprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher für Europa und  
Internationales  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„OVG-Besetzung“

01.09.2025

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. September 2025**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. September 2025 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

**Delegated Act der EU zum Grünen Wasserstoff**

Die in der delegierten Verordnung 2023/1184 der Europäischen Union festgelegten Anforderungen an erneuerbaren Wasserstoff haben zum Ziel, die Nachhaltigkeit des Wasserstoffs sicherzustellen, Nutzungskonflikte für erneuerbare Energien (EE) zu vermeiden und deren Ausbau weiter zu forcieren. In der Praxis führen die komplexen Anforderungen – Zusätzlichkeit sowie zeitliche und geografische Korrelation – jedoch zu erheblichen Mehrkosten und hemmen damit den Markthochlauf.

Das Zusätzlichkeitskriterium, das die Nutzung von EE-Anlagen für die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff auf Anlagen begrenzt, die maximal 36 Monate vor dem Elektrolyseur in Betrieb genommen wurden, ist in der Praxis weder systemdienlich noch wirtschaftlich tragfähig.

Die aktuell gültige monatliche Korrelation soll am 31. Dezember 2029 durch eine stündliche Korrelation abgelöst werden. Dies hätte eine ineffiziente Allokation von Power Purchase Agreements (PPA) zu einzelnen Wasserstoffproduktionsanlagen zur Folge, da ein sehr großer „Überbau“ an PPAs erforderlich wird. Was zu vermeidbaren Mehrkosten führt, die

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4410  
werner.pfeil@landtag.nrw.de  
[www.werner-pfeil.com](http://www.werner-pfeil.com)

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

durch eine Beibehaltung der monatlichen Korrelation verhindert werden können.

Insgesamt trägt die bestehende Regulatorik dazu bei, die Produktion von grünem Wasserstoff deutlich zu verteuern. Dies verhindert Investitionen und nimmt der energieintensiven Industrie in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Dekarbonisierungsoption, da Wasserstoff nicht zu wirtschaftlich tragfähigen Konditionen eingesetzt werden kann. Gleichzeitig haben viele Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen die Wasserstoffwirtschaft als neues Geschäftsfeld identifiziert und marktfähige Produkte für den Hochlauf entwickelt. Da die Investitionen aufgrund der Rahmenbedingungen ausbleiben, erwägen erste Unternehmen sich wieder aus dem Markt zurückzuziehen. Es droht der Verlust von Know-how und Wertschöpfung.

Die in den Delegierten Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Kriterien müssen daher dringend an die reale Marktentwicklung angepasst werden. Ziel müssen praktikable und transparente Regelungen sein, die Investitionen ermöglichen und den Markthochlauf unterstützen.

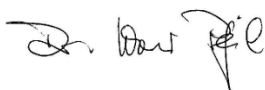
Das Europäische Parlament hat bereits am 17. Juni 2025 die EU-Kommission aufgefordert, die für 2028 geplante Überprüfung des Delegierten Rechtsaktes (DA) vorzuziehen. Die Kommission beharrt auf eine Überprüfung im Jahr 2028 und plant eine Studie zur Untersuchung des DA in Auftrag zu geben. Dieses Vorgehen ist nicht zielführend und stellt eine unnötige Verzögerung bei der Schaffung praxistauglicher Rahmenbedingungen für den Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft dar. Die Auswirkungen der bestehenden Regulatorik sind hinreichend.

Die Landesregierung NRW hat eine Wasserstoffstrategie, deren Umsetzung durch die derzeitige EU-Regulatorik unwahrscheinlich erscheint.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

Plant die NRW-Landesregierung bei der EU-Kommission auf die dringend notwendige Revision der delegierten Verordnung 2023/1184 hinzuwirken?

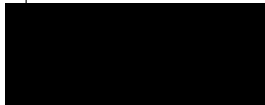
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Pfeil

**SPD** NRW  
Die Fraktion

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
Stefan Engstfeld, MdL**INGE BLASK, MDL**  
Sprecherin für Europa und  
InternationalesPlatz des Landtags 1  
40221 DüsseldorfT 0211.884-2510  
Inge.Blask@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de- per E-Mail -  


02.09.2025

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses  
für Europa und Internationales am 12. September 2025**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW bitte ich für die Sitzung  
des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. September 2025  
um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zum Thema:**Projektbezogene Aufschlüsselung der Landesförderung  
für den Bereich Europa und Internationales**  
Welche konkreten Projekte hat die Landesregierung seit  
Amtsübernahme für den Bereich Europa und Internationales mit  
Landesmitteln unterstützt?

Die Förderung mit Landesmitteln ist für viele zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine, Initiativen und Träger mit europäischem und internationalem Schwerpunkt in NRW Existenzgrundlage ihrer Arbeit. Sie ermöglichen Austauschprogramme, kommunale und zivilgesellschaftliche Partnerschaften, Forschungs- und Innovationskooperationen sowie Projekte zur Demokratieförderung und Wertevermittlung. In Zeiten geopolitischer Spannungen und tiefgreifender Umbrüche stärken diese Mittel zivilgesellschaftliche Netzwerke und Kooperationen, sorgen für Planungssicherheit und tragen zur strategischen Außenbeziehung Nordrhein-Westfalens bei. Trotz dieser strategischen Bedeutung müssen Verbände,

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



Initiativen und Träger auch in diesem Jahr erneut mit Kürzungen der bisher zur Verfügung stehenden Fördermittel rechnen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um die Beantwortung der folgenden Frage:

**Welche konkreten Projekte hat die Landesregierung seit Amtsübernahme 2022 mit Landesmitteln aus Haushaltseinzelplan 02 (Kapitel 02 030 und 02 040) gefördert?**

Bitte die Antwort je Haushaltskennziffer (siehe Liste unten) gliedern und die einzelnen Projekte jeweils tabellarisch ausweisen mit:

Projektname (Kurzbeschreibung)

Zuwendungsempfänger

Förderart

übergeordnetes Landesinteresse

gesellschaftliche Verankerung/Kompetenz in NRW

2022 verausgabt (IST)

2023 verausgabt (IST)

2024 verausgabt (IST)

2025 verausgabt bis 01.09.2025 (IST), 2025 weiterhin eingeplant (mit geplantem Auszahlungsdatum)

Prozentuale Veränderung der Fördersumme für das jeweilige Projekt gegenüber 2022 (%).

Haushaltskennziffern:

EP 02 / Kap. 02 030 / 534 10 011

EP 02 / Kap. 02 030 / 685 30 011

EP 02 / Kap. 02 030 / 686 10 011

EP 02 / Kap. 02 030 / 529 00 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 534 10 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 631 20 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 633 00 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 684 10 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 685 30 011

EP 02 / Kap- 02 040 / 684 30 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 685 00 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 686 00 023



Für 2022–2024 bitte ich darum, die vollständig verausgabten Mittel (IST) anzugeben; für 2025 die bis zum 01.09.2025 verausgabten IST sowie separat die für 2025 weiterhin eingeplanten Mittel (mit geplantem Auszahlungsdatum).

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

Sprecherin für Europa und Internationales



# **LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

## **18. Wahlperiode**

### **Z E I T P L A N**

#### **für das Jahr 2026**

Sitzung des Ausschusses für Europa und  
Internationales  
am 12. September 2025

Entwurf der Sitzungstermine 2026 für den  
Ausschuss für Europa und Internationales

**Terminplan 2026**  
**- 1. Jahreshälfte -**

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar				1	2	3	4	<b>Weihnachtsferien</b> bis 06.01 sitzungsfrei
	5	6)	7	8	<b>9</b>	10	11	<b>Sitzungstermin</b> Sitzungswoche
	12	13	14	15	16	17	18	Sitzungswoche
	19	20	21	22	23	24	25	Sitzungswoche
Februar	26	27	28	29	30	31	1	Sitzungswoche
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungsfrei
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungsfrei
März	23	24	25	26	27	28	1	Sitzungswoche
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
	9	10	11	12	<b>13</b>	14	15	<b>Sitzungstermin</b> Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
April	(30	31	1	2	3	4	5	<b>Osterferien</b> 30.03. - 11.04. sitzungsfrei
	6	7	8	9	10	11)	12	sitzungsfrei
	13	14	15	16	<b>17</b>	18	19	<b>Sitzungstermin</b> Sitzungswoche
	20	21	22	23	24	25	26	Sitzungswoche
Mai	27	28	29	30	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	<b>19</b>	20	21	22	23	24	<b>Sitzungstermin 14.00 Uhr</b> Sitzungswoche
	25	(26)	27	28	29	30	31	<b>Pfingstferien</b> 26.05. sitzungsfrei
Juni	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche
	8	9	10	11	12	13	14	Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
Juli	29	30	1	2	<b>3</b>	4	5	<b>Sitzungstermin</b> Sitzungswoche

= **Sitzungstag = fett umrandet**  
 = **Plenarsitzungstage**  
 ( ) = **Schulferien**

## Terminplan 2026

### - 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
	6	7	8	9	10	11	<b>12</b>	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	<b>19</b>	Sitzungswoche
August	(20	21	22	23	24	25	<b>26</b>	<b>Sommerferien</b> 20.07.- 01.09. sitzungsfrei
	27	28	29	30	31	1	<b>2</b>	sitzungsfrei
	3	4	5	6	7	8	<b>9</b>	sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	<b>16</b>	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	<b>23</b>	sitzungsfrei
September	24	25	26	27	28	29	<b>30</b>	sitzungsfrei
	31	1)	2	3	4	5	<b>6</b>	sitzungsfrei
	7	8	9	10	<b>11</b>	12	<b>13</b>	<b>Sitzungstermin</b> Sitzungswoche
Oktober	14	15	16	17	18	19	<b>20</b>	Sitzungswoche
	21	22	23	24	25	26	<b>27</b>	Sitzungswoche
	28	29	30	1	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>Sitzungstermin</b> Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	<b>11</b>	Sitzungswoche
	12	13	14	15	16	17	<b>18</b>	Sitzungswoche
November	(19	20	21	22	23	24	<b>25</b>	<b>Herbstferien</b> 19.10 - 31.10. sitzungsfrei
	26	27	28	29	30	<b>31)</b>	<b>1</b>	sitzungsfrei
	2	3	4	5	<b>6</b>	7	<b>8</b>	<b>Sitzungstermin</b> Sitzungswoche
Dezember	9	10	11	12	13	14	<b>15</b>	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	<b>22</b>	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	<b>29</b>	Sitzungswoche
	30	1	2	3	<b>4</b>	5	<b>6</b>	<b>Sitzungstermin</b> Sitzungswoche
	7	8	9	10	11	12	<b>13</b>	Sitzungswoche
Januar	14	15	16	17	18	19	<b>20</b>	Sitzungswoche
	21	22	(23	24	<b>25</b>	<b>26</b>	<b>27</b>	<b>Weihnachtsferien</b> 23.12.- 06.01. sitzungsfrei
	28	29	30	31	<b>1</b>	2	<b>3</b>	Sitzungsfrei

□ = Sitzungstag = fett umrandet

□ = Plenarsitzungstage

( ) = Schulferien

**FEIERTAGE 2026**

1. Januar	Neujahr
3. April	Karfreitag
6. April	Ostermontag
1. Mai	Maifeiertag
14. Mai	Christi Himmelfahrt
25. Mai	Pfingstmontag
4. Juni	Fronleichnam
3. Oktober	Tag der Deutschen Einheit
1. November	Allerheiligen
25./26. Dezember	Weihnachten

**SCHULFERIEN 2026**

22.12.2025 bis 06.01.2026	Weihnachtsferien
30.03. bis 11.04.	Osterferien
26.05.	Pfingstferien
20.07. bis 01.09.	Sommerferien
19.10. bis 31.10.	Herbstferien
23.12.2026 bis 06.01.2027	Weihnachtsferien